ZECK

das info aus der roten flora

Nr. 104 Nov.2001

Der Knast muß weg!!

Kein Vergeben – kein Vergessen



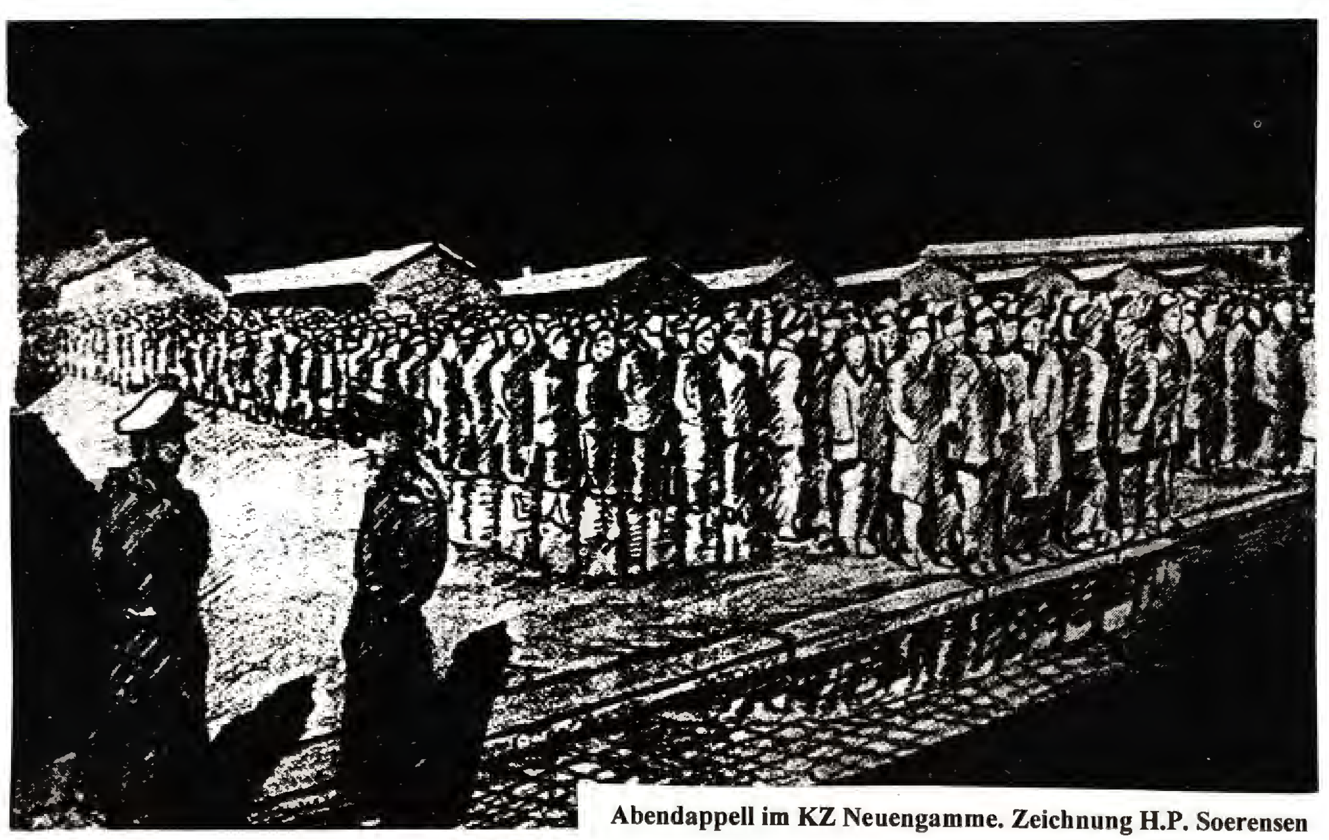
Mahnmal auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers in Neuengamme

Hallo liebe Leute!
Nachdem wir in der letzten Ausgabe doch glatt das Inhaltsverzeichnis vergessen haben, ist diese nunmehr vollständig.
Der Krieg geht weiter, und die (deutsche) Linke ist nahezu handlungsunfähig. Wo sind die stürmischen Proteste? Einen zugesandten 7-seitigen Artikel zum Thema Linke und der Krieg haben wir in den Ordner im Schwarzmarkt geheftet, weil er sich v.a. an der Position der „bahamas“ abarbeitet, die durch ihre Bedeutungslosigkeit u.E. die Aufregung über sie nicht lohnt... Stürmische Proteste wird es sicherlich wieder im Wendland geben, wenn ab dem 12.11. der Castor rollt, see you there!
Das Titelbild bezieht sich auf die Ankündigung von Teilen des neuen Senats aus CDU, FDP und Schill-Partei, die beschlossene Verlagerung des Gefängnisses in Gebäuden des ehemaligen KZ`s Neuengammme nicht zu vollziehen.
Eine Verhöhnung der Opfer und der Überlebenden, die nicht hingenommen werden darf!!

Inhalt:

Impressum
V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag



Abendappell im KZ Neuengamme. Zeichnung H.P. Soerensen

Pressemitteilung des Bundesvorstands der Roten Hilfe e.V. zur Freilassung von Rolf Heißler

Wie die Bundesanwaltschaft gestern mitteilte, ist das ehemalige RAF-Mitglied Rolf Heißler nach über 20 Jahren aus der Haft entlassen worden. Mit Zustimmung der Behörde wurde die Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt. Rolf Heißler wurde 1982 zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt, weil er im November 1978 zwei Polizeibeamten erschossen und zwei weitere schwer verletzt haben soll. Er wurde bei seiner Verhaftung 1979 durch einen Kopfschuss schwer verletzt, überlebte nur mit Glück und hat noch heute unter den Folgen der mangelhaften medizinischen Versorgung zu leiden. Wir freuen uns, Rolf Heißler endlich wieder in der Freiheit begrüßen zu können, und wünschen ihm alles Gute ! Die Freude über seine Freilassung soll uns jedoch nicht vergessen lassen, dass er weiter unter Bewährung steht, d.h. die Repression gegen ihn noch nicht zu Ende ist. Genauso wie wir wissen, dass die langjährige Haft, die er zum größten Teil in Isolationshaft verbringen musste, nicht spurlos an ihm vorbeigehen konnten. Die gesundheitlichen Probleme, mit denen er als Folge der Haft sein weiteres Leben zu kämpfen haben wird, sind bekannt und waren sicherlich ein entscheidender Grund für seine Freilassung. Wir wollen Rolf Heißlers Freilassung hier auch zum Anlass nehmen, um darauf hinzuweisen, dass noch weitere 5 Gefangene aus der RAF im Knast sitzen: Rolf-Clemens Wagner (sitzt zur Zeit in Schwalmstadt; seit 1979 in Haft) Christian Klar (sitzt zur Zeit in Bruchsal; seit 1982 in Haft) Brigitte Mohnhaupt (sitzt zur Zeit in Aichach; seit 1982 in Haft) Eva Haule (sitzt zur Zeit in Frankfurt; seit 1986 in Haft) Birgit Hogefeld (sitzt zur Zeit in Frankfurt/Main; seit 1993 in Haft) Adelheid Schulz, die ebenfalls 1982 verhaftet wurde, genießt seit Herbst 1998 Haftunterbrechung wegen "unkalkulierbaren Gesundheitszustands". Sie haben alle mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen und wir fordern ihre sofortige Freilassung. Sie sitzen nicht nur länger im Knast, als dies bei der Tötung eines Menschen in Deutschland "üblich" ist, sondern sind auch kontinuierlich Sonderhaftbedingungen, insbesondere der Isolationshaft, ausgesetzt. Für eine Aufhebung der Sonderhaftbedingungen für politische Gefangene! Freiheit für die Gefangenen aus der RAF ! Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit ! Bundesvorstands 31.10.2001 der Roten Hilfe [Aktuelles zum Thema: Repression] e.V.

Kurz vermeldet:

Fahrradselbsthilfe
Jeden Montag zwischen 18.30 und 21.00 Uhr gibt es ab sofort in der Flora die Möglichkeit, Macken an seinem/ihrem Fahrrad zu beseitigen.

Café Exil:
Die Freitags-Schicht im Café Exil, Infocafé für Flüchtlinge und MigrantInnen sucht Verstärkung. Mitzumachen hieße, ca. alle 3-4 Wochen eine Schicht von 8 bis 13 Uhr zu übernehmen. Meldet Euch doch freitags im Café Exil, Spaldingstr. 41, Tel. 23 682 16.

Förderprogramm zur Steigerung von Dummheit und Gewaltbereitschaft
Feiste Kuchen mit sahne oder vegan.
Bücherreste aus Restbeständen von Cafe & Buch zum halben Preis.
Sonntag 25.11. ab 15 Uhr
Marktstr.114

Demo in Glasmoor
Wie uns zu Ohren kam, ist die für November geplante Demo gegen Rassismus und Abschiebung verschoben auf Anfang nächsten Jahres.



Hamburg: 17.11. "Jagdsaison" Veranstaltung zu Rassismus & Antirassismus Jagdsaison Rassismus - Antirassismus

Rassistische Übergriffe und Repressionen sind in diesem Land fundamentaler Bestandteil der alltäglichen Polizeipraxis gegen MigrantInnen, Flüchtlinge und sonstige, in den Augen des Repressionsaparates unbequeme Menschen. Folgerichtig hat diese zivilisierte Welt auf die Anschläge in New York und Washington am 11. September, vor allem auf der Nordhalbkugel mit einer putschartigen Eile reagiert. Seitdem hat der Sicherheitswahn, die rassistische Hetze gegen MigrantInnen und Flüchtlinge sowie die Beseitigung und Einschränkung von Rechten und Freiheiten stark zugenommen. Ohne weiteren Widerstand, so scheint es, können Gesetze und Initiativen zur inneren Sicherheit aus den Schubladen geholt, beschlossen und durchgeführt werden, die in Wahrheit Maßnahmen zur Bekämpfung potenzieller Aufstände bzw. zur Kriegsvorbereitung nach innen darstellen: Rasterfahndung, Fingerabdrücke der gesamten Bevölkerung, Überprüfung aller Menschen, die nach Deutschland einreisen wollen, Ausweitung des "Terroristenparagraphen" § 129 StGB etc.. Vor allem MigrantInnen und Flüchtlinge sind mit den Konsequenzen konfrontiert. Mit dieser Veranstaltung wollen wir näher auf die Vorhaben der Herrschenden in diesem Land eingehen und Strategien gegen jene Verhältnisse, die uns zu erdrücken drohen, diskutieren. mit ReferentInnen u. a. aus der Black Community, der Afghanischen Community, der Roten Flora, Café Morgenland

am 17. November 2001 um 19 Uhr im Kölibri, Hein- Köllisch- Platz 12, 20356 Hamburg

aus der Black Community: Senfo Tonkam (SOS, BSO, ARA): Jagd auf Flüchtlinge als europäischer Gesellschaftskonsens - Politische Philosophie des staatlich institutionalisierten Rassismus Made in Germany

Cafe Morgenland: Antisemitischer Anschlag, Jagdsaison "Herbst 2001", Linksdeutsche Wahn-Alternative:für den Krieg oder gegen Israel

Rote Flora: Institutionalisierter Rassismus bei der Polizei und polizeiliche Sondereinheiten in Hamburg bei der Polizei

Hito Steyerl, Filmmacherin und Autorin: Rassistische Mobilisierung: Rasterfahndung, Sicherheitspaket, Kulturkampf - Konsequenzen für MigrantInnen

VeranstalterInnen: UnterstutzerInnen Gruppen zu Selcuk Eralp (Gruppe Einschreiten) und Garip M. (Initiative gegen Unterdrückung und Rassismus) 01.11.2001

Am Tag der Senatsvereidigung gab es eine laute, bunte und fantasievolle Demo gegen die law+order Politik des schwarzbraunen „Bürgerblocks mit ca. 3000 Teilnehmenden zum Rathaus, das zu erreichen die uniformierte Staatsgewalt verhinderte. Wir dokumentieren den

Redebeitrag der Roten Flora für die Demo gegen die Vereidigung des neuen Senats am 31.10.01

Nachdem die Rote Flora im April diesen Jahres offiziell an Klausmartin Kretschmer verkauft wurde, war es in der öffentlichen Diskussion um die Zukunft des Projektes zunächst ruhiger geworden. Die Flora war in der heißen Phase des Wahlkampfes nur noch Randthema. Seit nun klar ist, dass Schill den Sprung vom Richterstuhl in den Sessel des Innensenators geschafft hat, taucht in den Medien immer wieder die Frage nach einer Räumung der Flora auf. Wir gehen davon aus, dass sich die Auseinandersetzungen um das Projekt Rote Flora und um das Schanzenviertel in den nächsten Monaten wieder zuspitzen werden. Für uns ist es deshalb wichtig, klarzuhaben, wo die Politik der neuen Regierung tatsächlich eine neue Qualität darstellen wird und wo sie in der Kontinuität von Rot-Grün steht und eher eine Verschärfung der bisherigen Senatspolitik bedeutet. Dass es letztlich beides geben wird, lässt sich an einigen Themenfeldern, die schon lange zur Florapolitik gehören, beispielhaft verdeutlichen.

Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Veränderungen in der Drogenpolitik täuschen lediglich eine wesentlich neue Praxis vor. Tatsächlich wird die Politik von Rot-Grün nur in verschärfter Form fortgeschrieben. Die Entwicklung, daß Drogenpolitik immer mehr als Ordnungspolitik und immer weniger als Hilfe für KonsumentInnen verstanden und betrieben wird, hat in Hamburg spätestens in den 90er Jahren unter Rot-Grün begonnen und wird jetzt weiter verschärft. Die immer massivere Vertreibung der Drogenszene einerseits und die rassistische Hetze gegen Menschen schwarzer Hautfarbe, die pauschal als Dealer identifiziert werden, andererseits sind ebenfalls nichts Neues.
Auch bei der Vertreibung und Ausgrenzung unerwünschter Personengruppen im öffentlichen Raum lassen sich eher Kontinuitäten als eine wirkliche Wende ausmachen. Schon vor dem 23. September gab es in Hamburg Strategien repressiver Sozialpolitik, deren Ziel es war, Bettler und Obdachlose aus innerstädtischen Bereichen fernzuhalten. Genauso wurde bereits vorher die Privatisierung öffentlicher Räume und der damit einhergehende verstärkte Ausschluß von mißliebigen Menschen aus diesen Räumen vorangetrieben. Schon unter Rot-Grün wurde begonnen, eine Zonierung des öffentlichen Raums festzuschreiben.
Für die KonsumentInnen illegalisierter Drogen, für Dealer, Obdachlose, Bettler und Menschen schwarzer Hautfarbe werden die Verschärfungen in der Drogen- und Sozialpolitik direkt spürbar und immer öfter tödlich sein. Insofern sind die konkreten und praktischen Auswirkungen weiterer Verschärfungen für die Betroffenen nicht zu unterschätzen. Aber der ideologische Rahmen und das zu Grunde liegende Menschenbild muss dazu nicht neu geschaffen werden. Das Handlungskonzept St. Georg und das rot-grüne Bettlerpapier haben bereits die Vorlage geboten für eine Politik, die in Schill und der CDU eben doch ihr Original statt der halbherzigen Kopie gefunden hat.

Was wir aber als eine neue Qualität in der Hamburger Politik betrachten, ist, dass Strategien, die auf eine Integration und Abfederung von Protest und Widerstand zielen, in den Hintergrund treten werden. Gerade im Schanzenviertel wurde eine solche Politik der Vereinnahmung lange und relativ erfolgreich betrieben. Viele BürgerInnen- und Stadtteilinitiativen, die bisher immer wieder erfolgreich mit warmen Worten und goldenen Talern beschwichtigt und über den Runden Tisch gezogen wurden, werden vor ein Ende des Dialogs gestellt sein. Polarisierungen zeichnen sich bereits jetzt in den verschiedensten Bereichen ab.
Aber es wird nicht nur beim Akzeptanz-Management neue Qualitäten geben, sondern auch in der praktischen Politik. So sind zwar viele der politischen Forderungen und Ziele, die im Wahlkampf zur sog. „Inneren Sicherheit" formuliert wurden, praktisch nicht einzulösen, wie z.B. die Auflösung aller Drogenszenen in Hamburg. Aber trotzdem wird die neue Rechts-Regierung nicht umhinkommen, gerade im Feld der „Inneren Sicherheit" Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Deshalb ist anzunehmen, dass an bestimmten Punkten, die sich medial und populistisch gut verwerten lassen, wie z.B. an Bauwagenplätzen oder eben auch an der Roten Flora versucht werden wird, sich innenpolitisch zu profilieren.

Wo unter Rot-Grün in Bezug auf die Flora noch Deeskalationskonzepte zum Tragen kamen, wird ab heute jede Chance genutzt werden, das Projekt in die Öffentlichkeit zu bringen und Stimmung gegen es zu machen. Der politisch bekundete Wille zur Räumung ist durch den formalrechtlichen Verkauf der Flora an eine Privatperson – unabhängig davon, ob wir diesen Verkauf anerkennen oder nicht – so direkt nicht mehr umsetzbar. Auch wenn es Schill bekanntlich selbst nicht so genau mit den Gesetzen nimmt, wäre eine Räumung ein Rechtsbruch in einer Dimension, den auch ein noch so durchgeknallter und reaktionärer Innensenator schwerlich riskieren wird. Auf jeden Fall wäre für ihn und den neuen Senat ein ziemlich hoher politischer Preis zu zahlen.

Bereits aus dem Koalitionsvertrag wird ersichtlich, was die neue Rechts-Regierung im Sinn hat. Vorwände wie Bau-, Steuer- und Gewerberecht sowie SOG sollen gesucht werden, um eine rechtliche Grundlage für ein Vorgehen gegen die Flora zu konstruieren. Vorwand und Konstrukt deshalb, weil die Flora in den 12 Jahren ihres Bestehens als politisch-kulturelles Zentrum erfolgreich selbst- und eigenverantwortlich die bauliche Substanz des Gebäudes in Schuß gehalten hat. Es wird in der Flora kein Gewerbe betrieben und sie bezieht keinen Pfennig an staatlichen Geldern; jede Arbeit im Projekt läuft unentgeltlich – insofern gibt es hier keinen Grund, Gewerbe- oder Steuerrecht anzuwenden.
Wenn also versucht wird, die Flora demnächst auf dieser Ebene anzugreifen, ist dies ganz klar eine politische Entscheidung. Wenn es politisch gewollt ist, dann können an jedem Gebäude irgendwo baurechtliche Mängel gefunden werden. An der Roten Flora genauso wie an der Neuen Flora. Wenn die Flora in Zukunft von der neuen Regierung angegriffen wird, dann als Ort, an dem sich Widerstand manifestiert. Es ist ein Angriff auf das ganze Projekt, als politischer, selbstverwalteter, selbstbestimmter und emanzipatorischer Entwurf, aus dem heraus immer wieder versucht wurde, praktisch und inhaltlich in gesellschaftliche Konflikte zu intervenieren. In diesem Sinne werden wir auch die anstehenden Auseinandersetzungen führen.

Die Auseinandersetzungen führen aber nicht, sich auf die Verteidigung der eigenen erkämpften Freiräume zu beschränken. Die Flora hat für uns keinen Selbstzweck, und ein möglicher Kampf um die Rote Flora macht sich für uns in erster Linie nicht am Gebäude fest. Vielmehr wird es uns darum gehen, kommende Auseinandersetzungen um das Projekt zu nutzen, um in öffentliche Diskussionen und Entwicklungen, die weit über das Schanzenviertel hinausreichen, hineinzuwirken. Und das ist heute wichtiger denn je.
Das Wahlergebnis vom September ist Ausdruck einer geistig-moralischen Wende, die sich nicht nur in Hamburg vollzieht. Es geht um eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung, in der sich die politische Rationalität vollends auf die Seite der „Symptombekämpfung" verlagert. Soziale und ökonomische Ursachen für Kriminalität, Armut und Elend werden gar nicht mehr thematisiert. Der letzte Rest an Solidarität, der im Sozialstaat – wie falsch auch immer – noch vorhanden war, soll jetzt vollends abgeschafft werden. Die neoliberale Konkurrenz der Einzelnen wird das allein bestimmende Prinzip, die Verwertbarkeit von Menschen

ein vollends alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringendes Kriterium. Damit einher gehend wächst die Akzeptanz für repressive Ordnungs- und Sicherheitspolitik. Und es ist einfacher geworden, sich öffentlich diskriminierend und reaktionär zu äußern. Für diejenigen, die nicht mehr mithalten können oder wollen, wird voll auf ordnungspolitische und repressive Politikkonzepte gesetzt.

Bei all den negativen Folgen, die der Regierungswechsel ganz konkret und unvermittelt für viele Menschen hat, sehen wir in der augenblicklichen Situation durchaus Chancen:
Die Polarisierung, die durch den autoritären Politik-Stil der Rechts-Regierung und die Zurücknahme von integrierenden Strategien zu erwarten ist, beinhaltet die Möglichkeit, dass Protest und Widerstand wieder mehr auf die Straße getragen werden. Es liegt an uns, jetzt diese Chance zu nutzen und Anknüpfungspunkte an linksradikale Positionen und Praxis zu schaffen. Es geht darum, Perspektiven zu eröffnen, die über ein „Wir wollen unser Rot-Grün zurück!" hinausweisen und eine grundsätzliche Infragestellung der herrschenden Verhältnisse darstellen.
Die Strategie der Vereinnahmung und Integration war aus Sicht der Stadt als Standort sicherlich die klügste und erfolgreichste. Wenn aber die Weichspüler von STEG & Co nichts mehr zu melden haben, ist es nicht unwahrscheinlich, dass wieder bewegte und wilde Zeiten auf Hamburg und das Schanzenviertel zukommen. In diesem Sinne freuen wir uns auf einen heißen Herbst und Winter!!



Crossover Conference vom 17.-20. Januar 2002 in Bremen

Intro
Wir gehen davon aus, dass sämtliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufs engste miteinander verzahnt sind. Deshalb machen wir u.a. Nation, Patriarchat, Kapitalismus, Heterosexismus, Antisemitismus und Rassismus in ihren Verschränkungen zum Thema.
Es geht uns dabei darum, neue Widerstandsperspektiven zu eröffnen.
Wir wollen uns auf dem Treffen mit Herstellungsprozessen verschiedener Dimensionen von Identität (z.B. Geschlecht, Ethnizität, Klasse) beschäftigen. Was haben diese mit Macht, Herrschaft und Widerstand zu tun? Dieser und vielen anderen Fragen wollen wir in workshops nachgehen. In einigen workshops wird hauptsächlich geredet, in anderen performt, geübt...
Ziel des Treffens ist, Leute aus unterschiedlichen politischen Richtungen zusammenzubringen, Schnittstellen zu finden, neue Bündnisse zu schaffen, an Interventionsformen zu arbeiten und damit neue Impulse für eine radikale, emanzipatorische, libertäre, linke...politische Praxis zu geben.
Ihr seid herzlich eingeladen!

Vorläufiges Workshop-Programm

„Ethnizität und Geschlecht"
mit Encarnacion Gutierrez Rodriguez, Hamburg

„Reproduktionskonten-Onlinebanking: Sexualität, greencard und die Liebe zur Arbeit"
mit Renate Lorenz, Pauline Boudry, Brigitta Kuster, Berlin

„Subjektivität im Neoliberalismus"
mit Nancy Wagenknecht, Berlin

„Transformationen von Geschlecht und Arbeit"
mit Katharina Pühl, Frankfurt am Main

„Geschlecht, Alltag, Globalisierung"
mit Ariane Brensell

„Patriarchat und Antisemitismus"
mit Tanja Berg, Bremen und Olaf Bernau, Berlin

„Geschlecht, Klasse, Subjektivität. Workshop zu Prostitutionskunden"
mit Udo Gerheim, Bremen

„Children's Games" (Workshop über Ausschluß und Abwertung)
mit den Siostry Frankenstein, Warschau

„Working With Material" (Aktionsworkshop zu Prostitution, Frauenhandel und sexueller Verdinglichung von Frauen)
mit den Siostry Frankenstein, Warschau

„Kapitalistische und patriarchale Dominanzverhältnisse ind Ost- und Westeuropa" (Workshop zu Prositution und Frauenhandel)
mit Ewa/ Kurwa und Joanna Garnier/ La Strada, Warschau

„Grenzüberschreitungen und kulturelle Mischformen als antirassistischer Widerstand?"
mit Umut Erel, Hamburg

„Lesbisch und Türkisch – ein Widerspruch?"
mit Epek Epekcioglu, Berlin

„Schwul oder Queer oder was?" (ein Workshop über politische und persönliche Identitäten)
mit der Homoland-AG

„Radical Cheerleading und Pink Silver" (Aktionsworkshop)
mit den emancypunx, Warschau und ???

Ort

Check-In & Infozentrale: Paradox, Berhardstraße 12, 28203 Bremen

Sprachen

Alle workshops werden zweisprachig, auf Englisch und Deutsch, stattfinden. Übersetzungen in andere Sprachen versuchen wir zu organisieren.

Kosten

Gestaffelt nach Einkommen zwischen 10 und 25 Euro. Darin ist der Preis für das Essen noch nicht enthalten, dafür müsst du/ ihr nochmal ca. 15 Euro einkalkulieren. Die Unterkunft kostet nichts.

Weitere Informationen

Updates zum Workshop-Programm sowie Informationen zum Filmprogramm und dem Programm der Gala gibt's auf unserer Website
www.summercamp.squat.net



Global Action - Local Congress Perspektiven linksradikaler Politik – Themen, Strategien, Aktionsformen 30.11. - 2.12.'01 in Hamburg

Zwei Jahre nach Seattle und drei Monate nach Genua kommt die immer größer werdende globalisierungskritische Bewegung, sofern sie als einheitliche Bewegung bezeichnet werden kann, nicht darum herum, ihre bisherigen Vorgehensweisen zu diskutieren. Auch der linksradikale Teil dieser "Bewegung" muss seine Konzepte hinter fragen. Sowohl die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, als auch die Kraft und Vielfältigkeit des Protestes haben sich geändert. Damit einhergehend müssen wir uns mit verschiedenen Fragestellungen auseinandersetzen: Welches sind die mittelfristigen Ziele unserer Gipfelmobilisierung? Wie viele Gemeinsamkeiten haben die in der "Bewegung" aktiven Gruppierungen miteinander? An welchen Punkten widersprechen sich die vorhandenen Ansätze? Wie können wir mit der immer stärker werdenden Repression umgehen und welche Gegenkonzepte lassen sich entwickeln? Diese Themen sind nur Beispiele für bewegungsstrategische und politische Debatten, die wir führen wollen. Der Kongress soll der Diskussion über diese Themen und über die Fragestellungen, die ihr mitbringt, einen Raum bieten.

Die Ereignisse von Genua

In Genua sind 300.000 Leute aus unterschiedlichen Gründen und politischen Vorstellungen in einem sehr breiten Bündnis auf die Straße gegangen. Wo verorten wir uns politisch in solch einer Massenmobilisierung, finden wir sie richtig? In Genua sind einerseits die Power und die Möglichkeiten einer solchen Mobilisierung sichtbar geworden, andererseits waren aber auch die Grenzen einer solchen breiten Bewegung schnell zu erleben. Es gab in Genua eine Massenmilitanz, die in verschiedenen Blökken und zu verschiedenen Zeiten stattgefunden hat und nicht nur vom sogenannten black bloc ausgegangen ist. Diese riots waren ein klarer Ausdruck gegen die kapitalistische Globalisierung und sie haben dazu beigetragen, dass die Wut vieler Menschen über die ungerechte Weltwirtschaftsordnung in die ganze Welt verbreitet worden ist. Aber es gibt auch einige Fragen und Kritik: Haben die Schergen bei den riots die Kontrolle über die Ereignisse verloren? War es ihre Taktik, zuzusehen, um ihre anschließende Repression rechtfertigen zu können und die Situation zu nutzen, um andere DemonstrantInnen verprügeln zu können und um zu spalten und einzuschüchtern? Wie organisiert und/oder planlos war die Militanz? Genua hat den Mord an Carlo bedeutet, es hat eine Militarisierung der Auseinandersetzung gegeben, eine neue Eskalation der Polizeigewalt mit einer Strategie der Willkür, die viele überrannt hat. Wie bereiten wir uns auf solche Demos vor, bei denen es passieren kann, dass DemonstrantInnen umgebracht werden, auf der Wache misshandelt und über Jahre in den Knast gehen? Wie gehen wir mit unseren Ängsten um, wie können wir uns schützen und uns nach solchen Erfahrungen unterstützen? Wie gehen wir mit Meldeauflagen, Ausreiseverboten, der Situation von Leuten ohne Pass usw. um? Was bedeuten solche Gipfel für die Szene in den jeweiligen Ländern, die anschließend mit einer großen Repressionswelle konfrontiert sind?

Gipfel & dann

Die Proteste gegen weltweiten Kapitalismus haben bisher in den symbolischen Aktionen gegen Treffen der herrschenden Eliten ihren kraftvollsten Ausdruck gefunden. Menschen aus vollkommen unterschiedlichen Hintergründen kamen zusammen, um ihre Ablehnung der bestehenden Verhältnisse und Entwicklungen zum Ausdruck zu bringen. Aber wie wird es nach Genua weitergehen? Werden sich auch in Zukunft noch so viele Menschen mobilisieren lassen, "nur" um symbolischen Widerstand zu leisten, und wie geht es weiter, wenn verschärfte Sicherheitsvorkehrungen ein solches Zusammenkommen in Zukunft verhindern, oder Gipfel gleich ins Internet, oder in abgelegene Bergdörfer verlegt werden? Wie schaffen wir es, die Proteste, die ein bis zweimal im Jahr unübersehbar sind, in den Alltag breiterer Schichten zu verankern? Wie lassen sich in Zeiten einer sich auch in den Ländern der sogenannten ersten Welt verschärfenden sozialen Lage lokale Bezüge herstellen, zu den eher allgemein gefassten Forderungen bei Gipfelprotesten?

Linksradikale Identität und politische Verortung

Bei den Protesten von Seattle, Prag, Genua, etc. hat sich nach Ansicht vieler eine neue sogenannte "Antiglobalisierungsbewegung" manifestiert. Uns stellt sich angesichts der massiven Differenzen und den sich teilweise grundsätzlich widersprechenden Anliegen der bei den Protesten beteiligten Gruppierungen die Frage, ob es so eine Bewegung tatsächlich gibt, oder ob sie eher ein Konstrukt der Medien ist, und wenn es sie gibt, wo ihre gemeinsamen Nenner liegen. Außerdem soll darüber diskutiert werden, wie wir uns als undogmatische radikale Linke bei den Protesten verorten, mit welchen Forderungen wir nach außen treten und mit welchen gesellschaftlichen Kräften wir Bündnisse schließen, bzw. von welchen Gruppen wir uns abgrenzen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch darüber reden, wo wir uns unbewußt (und ungewollt?) abgrenzen, z.B. indem wir als größtenteils aus jüngeren, weißen Mittelschichtangehörigen bestehende linke Szene unsere Maßstäbe unhinterfragt auf Menschen mit anderem Hintergrund (z.B. MigrantInnen, ArbeiterInnen,...) anwenden. Damit schließen wir Leute aus und reproduzieren Herrschaftsmechanismen. Wir wollen darüber diskutieren, wie wir das demnächst anders machen können. Dazu gehört auch darüber nachzudenken, ob es bei Gipfeln und anderen Ereignissen unbedingt fein säuberlich nach Städten aufgeteilte und mit Wäscheleinen abgesperrte deutsche Camps geben muß (wie zum Beispiel in Genua), oder ob es nicht auch möglich wäre, solche deutschen Tugenden zu hinterfragen.

Strategie der Militanz

Militante Aktionen sind ein Bestandteil etlicher linksradikaler Gruppierungen. Bei den Protesten in Genua hat sich mal wieder gezeigt, dass eine allgemeinere Diskussion über militante Aktionsformen nötig ist. Die Geschehnisse von Genua haben erneut verdeutlicht, dass ausgelöst durch militante Aktionsformen und die extreme Medienhetze der Spaltungswille einiger Teile der Bewegung wieder stärker geworden ist. Einige VertreterInnen von NGOs veröffentlichten sofort Presseerklärungen, in denen sie sich von dem „schwarzen Block" distanzierten oder nutzten ihre Pressekontakte um ein Bild des Protestes in die Öffentlichkeit zu bringen, in dem andere als die eigenen Positionen gar nicht erst erwähnt werden. Aber das Problem besteht nicht nur darin, dass andere Strömungen, wahrscheinlich durch den bürgerlichen Hintergrund ihrer Analyse und ihr Festhalten an vorherrschenden Werten wie Eigentum oder Gesetzestreue, per se militante Aktionen verurteilen. Vielmehr wollen wir diskutieren, wie wir erreichen können, dass keinen Leuten Aktionsformen aufgedrängt werden, die sie persönlich nicht vertreten können. Eine auch militant agierende Bewegung muss sich also Gedanken darüber machen, wie sie es schaffen kann, dass alle Formen des Protestes nebeneinander her laufen können und keine durch die Dominanz einer anderen zunichte gemacht wird. Wie und an wen sollen militante Aktionen vermittelbar sein?

Die Folgen der Anschläge vom 11.9.

"Wir müssen uns der Überlegenheit unserer Zivilisation bewusst sein. Die Freiheit gehört nicht zum Erbe der islamischen Kultur... Der Westen ist dazu bestimmt, die Völker zu verwestlichen und für sich zu erobern... Es gibt eine auffällige Übereinstimmung zwischen den Aktionen der Terroristen und der Bewegung der Globalisierungsgegner." (Berlusconi) Die Anschläge auf die USA haben als Folge den Krieg gegen Afghanistan. Einen Krieg, in dem Deutschland bemüht ist, sich eine neue Rolle in der militärischen Weltpolitik zu verleihen. Der 11.9. hatte als Folge die Aussage von Bush "entweder ihr seid für uns oder ihr seid für die Terroristen", eine eindeutige politische/militärische Drohung gegenüber allen Staaten, die sich bis dahin noch nicht der westlichen Allianz ange-

schlossen hatten. Und der 11.9. hat eine rassistische Hetzte, rassistische Angriffe und neue Gesetze gegen MigrantInnen und Flüchtlinge gebracht, u.a. in den USA und in der BRD. Die neuen - alten Pläne, die in ähnlicher Form in den Schubladen lagen, werden jetzt unter unglaublicher Propaganda herausgeholt und umgesetzt. Die Sicherheitspakete von Schily, in denen Flüchtlinge nur noch als potenzielle Terroristen vorkommen, die wiedereingesetzte Rasterfahndung bis hin zum Erfassen von biometrischen Daten im Personalausweis sind Maßnahmen, die jetzt mit Schwung durchgesetzt werden können. Sie verändern die Lebensbedingungen der MigrantInnen/Flüchtlingen und die Bedingungen ihrer Kämpfe hier und sie richten sich gegen andere gesellschaftliche Gruppen und deren Kämpfe. Die meisten StaatsbürgerInnen nehmen sogar selber gerne die Einschränkungen ihrer persönlichen Freiheiten in Kauf, denn es geht ja um den Kampf gegen den "Terrorismus" und um die eigene "Sicherheit". Auch die Kritik von sonst wackeren DatenschützerInnen und einer linksliberalen Öffentlichkeit an der zentralen Zusammenführung von Personendaten, der rapiden Zunahme der Kompetenzen von Europol, der Überwachung von Unis, der Überprüfung von Angestellten in Krankenhäusern und Wasserwerken usw. ging bislang unter. Das Klima verschärft sich so schnell, dass die radikale Linke im Moment nicht einmal hinterherkommt, auf die verschiedenen Repressionsmaßnahmen zu reagieren. Eine breite Diskussion über den Umgang damit und um Strategien für die politische Arbeit nach dem 11.9. sollte deshalb lieber heute als morgen geführt werden.

Repression

Viele von uns haben die Traumata, die sie durch die äußerst brutalen Polizeieinsätze von Genua bekommen haben, noch nicht wirklich verdaut. Es war vorauszusehen, dass durch das Wachsen einer systemkritischen Bewegung, das System es sich auch nicht nehmen lässt, hart zurückzuschlagen. Je mehr unsere Aktionen eine Gefahr für die Interessen der Herrschenden darstellen, desto brutaler wird auch ihre Reaktion darauf sein. Und es ist ebenfalls kein Zufall, dass nach den Protesten von Prag, Göteburg und Genua einige unserer FreundInnen in den Knästen landeten. Auch dieses ist Teil der staatlichen Versuche unseren Protest im Keim zu ersticken und durch Härte und Einschüchterung zu unterbinden. Einhergehend wird von einer Verschärfung der Gesetze geredet, werden inner-europäische Grenzen für die Zeit von Gipfeln zu schwer passierbaren Punkten und auch allgemein wird der Überwachungsstaat immer besser koordiniert und immer weiter effektiviert. Die Anschläge vom 11. September haben dazu geführt, dass die europäische Sicherheitsmaschinerie unter dem Vorwand der "Terrorbekämpfung" noch schneller perfektioniert wird, als wir vorher erwartet hätten. Die Anschläge auf die USA wurden bereits von PolitikerInnen und Medien mit den Protesten gegen neoliberale Globalisierung in Verbindung gebracht. Unter diesen Umständen ist es gut möglich, dass in Zukunft Gipfelproteste mit allen Mitteln staatlicher Repression verhindert werden sollen. Repression werden unsere Proteste begleiten. Worüber wir uns also als Bewegung Gedanken machen müssen ist, wie wir mit ihren Auswirkungen umgehen. Welche Möglichkeiten haben wir unsere Strukturen zu schützen? Wie können wir Einfluss auf die aufgehetzte Stimmung nehmen, die Repressionsverschärfungen überhaupt erst möglich macht? Wir müssen Strategien für eine kontinuierliche politische Soliarbeit entwickeln, die über Unschuldsvermutungen hinausgeht. Rassismus, Migration und Festung Europa Neoliberalismus und ökonomische Globalisierung haben für viele Menschen in den Trikontländern die Einrichtung von Freihandelszonen, die Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen, Hunger und Flucht zur Folge. Die Hindernisse für den Waren- und Kapitalverkehr werden aus dem Weg geräumt, während die Grenzen gegen Menschen auf der Flucht vor Elend, Krieg und sozialer sowie politischer Unterdrückung und auch gegen Menschen, die sich das Recht nehmen zu leben, wo sie möchten, verstärkt und militarisiert werden. Von den EU-Mitglieds - und Anwärterstaaten wurde nach dem Schengener Abkommen und verstärkt nach dem 11.9. ein "Grenzregime" errichtet, in dem nahezu alle repressiven Maßnahmen ihre Anwendung finden. Es wird versucht, Flucht und Migration mit bürokratischen, militärischen und polizeilichen Mitteln zu fassen und aufzulösen. Dies wird durchgesetzt und begleitet von einem Rassismus, der Voraussetzung und fester Bestandteil westlicher Ideologie und in der Bevölkerung fest verankert ist, und der – je nach Bedarf - hoch- und höher mobilisiert werden kann, wie Schily, Bush und Berlusconi nach dem 11.9. vorgeführt haben. Von MigrantInnen und Flüchtlingen wird täglich Widerstand geleistet. Ein breites Spektrum von Gruppen wie The Voice, African Womens Association, etc. organisieren Kämpfe für das Recht auf Asyl, für Bewegungsfreiheit, für die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung als Asylgrund. Gegen diese und viele weitere Ausprägungen des alltäglichen staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus organisieren sich immer mehr Menschen. Eine linksradikale und globalisierungskritische Bewegung darf diese Kämpfe und Themenfelder nicht aus dem Blickfeld lassen. Ein Politikansatz, der seine Analyse und Kritik nur an einem Herrschaftsverhältnis, im Fall der Globalisierungsthematik am Kapitalismus ansetzt, ist verkürzt und blendet bestehende Zusammenhänge der unterschiedlichen Widersprüche aus. Für uns stellt sich nun die Frage, wie wir es schaffen können einen stärkeren Austausch und eine bessere Zusammenarbeit zwischen radikalen MigrantInnengruppen und anderen emanzipatorischen Strömungen zu erreichen. Und wir sollten diskutieren, wie wir es schaffen können in unseren Zusammenhängen ein Klima zu schaffen, das verhindert, dass auf unseren Plena (wie es wohl in den meisten autonomen Zusammenhängen in der BRD der Fall ist) fast ausschließlich weiße Mittelschichtsangehörige sitzen.

Aktionsformen

In den letzten Jahren hat sich bei vielerlei Anlässen auch eine neue Aktionskultur entwickelt. Reclaim the Streets Parties, Critical Mass, Pink Silver, und Carneval against Capitalism sind nur einige Beispiele für neue sehr kreative Aktionsformen, die nach und nach auch hier zu lande an Einfluss gewinnen. Neue Aktionsformen sind aber nicht nur notwendig, weil das ewige 'auf Latschdemos rennen' mit der Zeit langweilig wird, sondern sie sind auch aus einer politischen Debatte geboren worden. So geht es z.B. um die stärkere Verbindung von Politik und Kultur. Auch gibt es einige Kritik an einem "Schwarzen Block Konzept", da dieses als sehr militaristisch und martialisch rüberkommt, Militanz dort teilweise fetischisiert wird und damit patriachale Strukturen reproduziert werden. Auf dem Kongress soll es die Möglichkeit geben, kreativ neue Aktionsideen zu entwickeln, es soll aber auch Rum da sein, um theoretisch über Aktionskonzepte und ihre politische Auswirkung zu diskutieren. Die Beschreibung der stattfindenden Arbeitskreise und allgemeine Informationen zum Kongress erhaltet ihr folgendermaßen: kongress 111 c/o Infoladen Kleiner Schäferkamp 46 20357 Hamburg http://www.aktionsinfo.de/congress kongress111@gmx.de Wir sind verschiedene Gruppen und Einzelpersonen aus dem linksradikalen Spektrum und arbeiten zu unterschiedlichen Schwerpunkten, wie z.B. Repression, Kapitalismuskritik, FrauenLesbenpolitik und Anarchismus.



Totalitäre Ökonomie und Paranoia des Terrors

Der Todestrieb der kapitalistischen Vernunft

Große und symbolische Katastrophen sind in der Geschichte der Menschheit immer wieder Anlaß zu einer Besinnung gewesen, in der die Mächtigen der Welt ihre Hybris [Selbstüberhebung] ablegen, Gesellschaften sich selbst reflektieren und ihre Grenzen erkennen. Nichts dergleichen ist nach dem Kamikaze-Angriff auf die Nervenzentren der USA in der kapitalistischen Weltgesellschaft zu beobachten.

Fast scheint es so, als hätte der barbarische Angriff aus dem Dunkeln der Irrationalität nicht nur das World Trade Center platt gemacht, sondern auch den letzten Rest von Urteilsvermögen der weltdemokratischen Öffentlichkeit. Diese Gesellschaft will sich im Spiegel des Terrors nicht selbst erkennen, sondern sie wird unter dem Eindruck des Grauens sogar noch selbstgefälliger, bornierter und unreflektierter als zuvor. Je gewaltsamer sie auf ihre Grenzen hingewiesen wird, desto heftiger pocht sie auf ihre Macht und desto sturer kultiviert sie ihre Eindimensionalität.

Nach dem Terrorschlag verhalten sich die Funktionseliten, die Medien und das Fußvolk des globalen Systems von "Marktwirtschaft und Demokratie", als wären sie allesamt Schauspieler und Statisten in einer Realinszenierung des Films "Independence Day". Hollywood ahnte ein apokalyptisches Ereignis voraus und verfilmte es als Darstellung von patriotischem Kitsch und hinterwäldlerischer Moral. So hat die Kulturindustrie die Wirklichkeit der Katastrophe banalisiert und entwirklicht, bevor sie überhaupt wirklich wurde. Die spontane Trauer und Fassungslosigkeit wird überlagert von den falschen Ritualen eines programmierten Reaktionsmusters, das jedes Verständnis für den inneren Zusammenhang von Terrorismus und herrschender Ordnung unmöglich macht.

Die Verhärtung des offiziellen demokratischen Bewußtseins zur wütenden Besinnungslosigkeit wird deutlich, wenn der Laiendarsteller des US-Präsidenten einen *"monumentalen Kampf des Guten gegen das Böse"* beschwört. Durch dieses naive Weltbild werden die eigenen inneren Widersprüche nach außen projiziert. Es ist das elementare Schema aller Ideologie: Statt den Komplex der Zusammenhänge aufzudecken, in die man selbst verwickelt ist, muß eine fremde Ursache für die Ereignisse gefunden und ein externer Feind definiert werden. Aber im Unterschied zu den pubertären Traumwelten Hollywoods wird es in der harten Wirklichkeit der zerbrechenden Weltgesellschaft kein Happy End geben.

In dem Film "Independence Day" sind es sinnigerweise Außerirdische, die "Gottes eigenes Land" angreifen und natürlich heroisch zurückgeschlagen werden. Diesen Part des außerweltlichen, außerkapitalistischen und außervernünftigen Aliens soll nun offenbar der militante Islamismus übernehmen, als handle es sich um eine soeben entdeckte fremde Kultur, die sich als finstere Bedrohung entpuppt. Auf der Suche nach dem Ursprung des Bösen blättert man im Koran, als ließen sich dort die Motive für die sonst unerklärlichen Taten finden.

Aufgestörte westliche Intellektuelle entblöden sich nicht, den Terrorismus als Ausdruck eines *"vormodernen"* Bewußtseins zu bezeichnen, das die Epoche der Aufklärung verpaßt habe und deshalb die wunderbare westliche "Freiheit zur Selbstbestimmung", den freien Markt, die liberale Ordnung und überhaupt alles Gute und Schöne der westlichen Zivilisation in Akten des blinden Hasses "verteufeln" müsse. Als hätte es nie eine intellektuelle Reflexion über die "Dialektik der Aufklärung" gegeben und als hätte sich der liberale Begriff des Fortschritts in der katastrophalen Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht längst blamiert, kehrt in der Verwirrung über den neuartigen Akt des Wahnsinns die ebenso arrogante wie ignorante bürgerliche Geschichtsphilosophie des 18. und 19. Jahrhunderts als Gespenst zurück. Im krampfhaften Versuch, die neue Dimension des Terrors einem fremden Wesen zuzuschreiben, fällt das westlich-demokratische Räsonnement [Schimpfkanonade; Nörgelei] endgültig unter jedes intellektuelle Niveau.

Die One World des Kapitals selbst ist der Schoß, der den Mega-Terror gebiert

Aber die Tatsache des inneren Zusammenhangs aller Erscheinungen in der globalisierten Gesellschaft läßt sich so billig nicht wegdefinieren: Nach fünfhundert Jahren blutiger Kolonial- und Imperialismusgeschichte, nach hundert Jahren einer gescheiterten staatsbürokratischen Industrialisierung und nachholenden Modernisierung, nach fünfzig Jahren destruktiver Integration in den Weltmarkt und zehn Jahren unter der absurden Herrschaft des neuen transnationalen Finanzkapitals gibt es in Wahrheit keinen exotischen orientalischen Raum mehr, den man als fremd und äußerlich begreifen könnte. Alles, was heute geschieht, ist unmittelbar oder vermittelt ein Produkt des zwanghaft vereinheitlichten Weltsystems. Die One World des Kapitals ist selber der Schoß, der den Mega-Terror gebiert. Es war die militante Ideologie des westlichen ökonomischen Totalitarismus, die den ebenso militanten neo-ideologischen Wahnvorstellungen den Weg geebnet hat. Das Ende der staatskapitalistischen Ära und ihrer Ideen wurde zum Anlaß genommen, die kritische Theorie überhaupt zum Schweigen zu bringen. Die Widersprüche der kapitalistischen Logik durften nicht mehr zur Sprache kommen, sie wurden für nicht existent und die Frage der sozialen Emanzipation jenseits des warenproduzierenden Systems für irrelevant erklärt. Mit dem vermeintlich endgültigen Sieg des Markt- und Konkurrenzprinzips begann die intellektuelle Reflexionsfähigkeit der westlichen Gesellschaften zu erlöschen. Die Menschen dieser Welt sollten identisch werden mit kapitalistischen Funktionen, obwohl die Mehrheit bereits als "überflüssig" abgestempelt war.

Während die finanzkapitalistischen Krisenmechanismen des Shareholder Value Milliarden von Menschen in Armut und Verzweiflung stürzten, sang die Mehrheit der globalen Intelligentsia wie zum Hohn das Lied des marktwirtschaftlich-demokratischen Optimismus. Sie haben jetzt die Quittung bekommen: Wenn die kritische Vernunft verstummt, tritt an ihre Stelle der mörderische Haß. Die objektive Unhaltbarkeit der herrschenden Produktions- und Lebensweise macht sich dann nicht mehr auf rationale, sondern auf irrationale Weise geltend. So folgte auf den Rückzug der kritischen Theorie der Vormarsch des religiösen und ethno-rassistischen Fundamentalismus. Solange sich die grundsätzliche emanzipatorische Kapitalismuskritik nicht neu formiert, werden die Ausbrüche von sozialer und ideologischer Paranoia zum alleinigen Gradmesser für das Ausmaß, in dem die Widersprüche der Weltgesellschaft herangereift sind. Unter diesen Bedingungen bedeutet die neue Qualität des Mega-Terros in den USA, daß die offiziell ignorierte und heruntergeredete Krise des globalisierten kapitalistischen Systems eine neue Dimension angenommen hat.

Was als fremdartige Furie des Terrors erscheint, ist aber nicht nur auf dem Nährboden der marktwirtschaftlichen One World herangewachsen, sondern auch von den repressiven Machtapparaten der westlichen Demokratien selber gezüchtet worden, die jetzt ihre Hände in Unschuld waschen. Es handelt sich um Irrläufer des Kalten Krieges und der daran anschließenden demokratischen Weltordnungskriege. Saddam Hussein wurde vom Westen gegen das iranische Mullah-Regime aufgerüstet, das seinerseits aus der Modernisierungs-Ruine des Schah-Regimes gekrochen war. Die Taliban wurden von den USA gepäppelt, geschult und mit effizienten Flugabwehrraketen ausgerü-

stet, weil damals alles zum Reich des "Guten" zählte, was gegen die Sowjetunion gerichtet war. Und der jetzt zur mythischen [sagenhaften] Figur des Bösen aufgeblasene Wirrkopf Osama Bin Laden betrat aus demselben Grund ursprünglich als "Baby" der westlichen Geheimdienste die Weltarena der bewaffneten Paranoia. Der "Sicherheits"-Imperialismus der NATO, der die vom Kapital nicht mehr reproduzierbare Menschheit gewaltsam unter Kontrolle halten will, bedient sich auch aktuell befreundeter Folterregimes und diverser Gestalten des Wahnsinns in der Türkei, in Saudi-Arabien, Marokko, Pakistan, Kolumbien und anderswo. Aber weil diese Welt aus den Fugen geht, verselbständigt sich ein Wechselbalg nach dem anderen. Das "Baby" von heute ist immer schon das "unbegreifliche Monster" von morgen.

Auch der ökonomische Totalitarismus teilt die Welt in "Gläubige" und "Ungläubige"

Die Fürsten des Terrors, die Gotteskrieger und Clan-Milizen sind allerdings keineswegs nur äußerlich vom Westen instrumentalisierte Kräfte, die ihm nun zu entgleiten beginnen. Auch ihr Geisteszustand ist nicht "mittelalterlich", sondern postmodern. Die strukturellen Ähnlichkeiten zwischen dem Bewußtsein der marktwirtschaftlichen "Zivilisation" und dem Bewußtsein der islamischen Terroristen können nicht allzu sehr erstaunen, wenn man bedenkt, daß es sich bei der Logik des Kapitals um einen irrationalen Selbstzweck handelt, der nichts anderes als säkularisierte Religion darstellt. Auch der ökonomische Totalitarismus teilt die Welt in "Gläubige" und "Ungläubige". Die herrschende "Zivilisation" des Geldes kann die Abkunft des Terrors nicht rational analysieren, weil sie sonst sich selbst in Frage stellen müßte. So definiert der angeblich aufgeklärte Westen den Islamismus ebenso als "Werk des Teufels" wie dieser umgekehrt den Westen. Die irrationalen dichotomischen [in Begriffspaare eingeteilten] Bilder von "Gut" und "Böse" gleichen sich bis zur Lächerlichkeit.

Was in den Köpfen der Chefterroristen vorgeht, ist seiner Natur nach nicht bizarrer als die Art und Weise, wie die Chefmanager der globalen Marktwirtschaft Mensch und Natur unter dem destruktiven Zwang des abstrakten betriebswirtschaftlichen Kalküls wahrnehmen und zurichten. Der religiöse Terror schlägt ebenso blind und sinnlos zu wie die "unsichtbare Hand" der anonymen Konkurrenz, unter deren Regiment permanent Millionen von Kindern verhungern - um nur ein Beispiel zu nennen, das den angesichts der Opfer von Manhattan zelebrierten [feierlich begangenen/gestalteten] Kult der Betroffenheit in ein seltsames Licht taucht. Wenn die Medien zwischen den Zeilen eine heimliche Bewunderung für die ungeahnten technischen und logistischen Fähigkeiten der Terroristen erkennen lassen, wird auch in dieser Hinsicht die Verwandtschaft der Seelen deutlich: Beide Seiten gehören gleichermaßen der modernen "instrumentellen Vernunft an. Denn auf beide trifft zu, was in Melvilles "Moby Dick", dieser großen Parabel auf die Moderne, der unheimliche Kapitän Ahab sagt: Alle meine Mittel sind vernünftig, nur mein Zweck ist wahnsinnig. Die Ökonomie des Terrors entspricht spiegelbildlich dem Terror der Ökonomie. So erweist sich der Selbstmordattentäter als die logische Fortsetzung des einsamen Individuums in der universellen Konkurrenz unter den Bedingungen der Aussichtslosigkeit. Was hier zum Vorschein kommt, ist der Todestrieb des kapitalistischen Subjekts. Daß dieser Todestrieb dem westlichen Bewußtsein selbst inhärent [innewohnend] ist und nicht nur durch die soziale, sondern auch durch die geistige Trostlosigkeit des totalitären Marktsystems ausgelöst wird, beweisen die periodischen Amokläufe von Mittelstandskindern in den Schulen der USA und das Attentat von Oklahoma, das bekanntlich ein authentisches Produkt des inneren Wahnsinns der USA war. Der auf ökonomische Funktionen reduzierte Mensch wird ebenso verrückt wie der Mensch, den der Verwertungsprozeß als "überflüssige Existenz" ausspuckt. Die instrumentelle Vernunft entläßt ihre Kinder.

Das Imperium wankt

Weil der irrationale Kern seiner Ideologie dem islamischen Fundamentalismus gleicht wie ein Ei dem anderen, kann der Kapitalismus nur noch zum Kreuzzug aufrufen, zum "heiligen Krieg" der westlichen "Zivilisation". Allein solche Opfer - die Star-Kolumnistinnen der USA, Broker in Manhattan und Bürger der westlichen Freiheit sind - gelten als wirkliche Opfer und werden in Gedenkgottesdiensten beweint. Der Tod von irakischen Zivilisten und serbischen Kinder dagegen, die von Bomben aus zehn Kilometer Höhe zerfetzt wurden, weil die kostbare Haut der US-Piloten nicht geritzt werden durfte, erschienen nicht als Menschenopfer, sondern als "Kollateralschaden". Sogar vor den Toten macht die globale Apartheid nicht halt. Der westliche Begriff der Menschenrechte enthält als stumme Voraussetzung die Verkäuflichkeit der Person und die Zahlungsfähigkeit. Wer diese Kriterien nicht erfüllen kann, ist eigentlich kein Mensch mehr, sondern ein Stück Biomasse. So teilt der westliche Fundamentalismus die Welt auf in das angeblich zivilisierte *"Reich"* einerseits und die *"neuen Barbaren"* andererseits, wie der französische Publizist Jean Rufin schon Anfang der neunziger Jahre feststellte.

Das Imperium wankt. Innerhalb weniger Monate hat sich der Mythos der ökonomischen Unverwundbarkeit durch den Zusammenbruch der "New Economy" blamiert. Jetzt ist der Mythos der militärischen Unverwundbarkeit zusammen mit dem Pentagon in Flammen aufgegangen. Das utilitaristische [auf bloße Nützlichkeit gerichtete] Denken der Funktionseliten versucht sogar aus dieser Katastrophe noch Nutzen zu schlagen. Denn mitten im Absturz der Finanzmärkte hat man plötzlich den Stoff für eine Dolchstoßlegende: Nicht die herrschende Ordnung ist obsolet, wenn weitere Finanzblasen platzen und womöglich die Weltmarktwirtschaft kollabiert, sondern der "externe Schock" des Terrorschlags soll dann die Ursache gewesen sein - so Wim Duisenberg, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB). Das Systemversagen wird in die externe Bosheit der fremdartigen "Ungläubigen" umdefiniert, aber dadurch nicht ungeschehen gemacht.

Der Terror ist die innere Nemesis des globalisierten Kapitals

Gleichzeitig rollt eine Welle der ebenso hysterischen wie schmalzigen Kriegspropaganda, als schrieben wir den August 1914. Überall melden sich zuhauf Freiwillige, mitten im Crash steigen die Aktien der Rüstungsindustrie, fast schon macht sich Hoffnung auf eine Kreuzzugs-Konjunktur breit. Aber klandestine Gruppen von Männern, die mit Messern und Teppichschneidern bewaffnet sind, fordern nicht die Massenmobilisierung und Bündelung aller gesellschaftlichen Kräfte heraus. Der Terror stellt kein äußeres Gegenimperium auf derselben Ebene von Staatlichkeit und Kriegswirtschaft dar. Er ist die innere Nemesis [ausgleichende/vergeltende Gerechtigkeit] des globalisierten Kapitals selbst. Deshalb kann er keinen neuen Rüstungsboom hervorrufen. Auch militärisch wird der Kreuzzug ins Leere gehen. Ob mögliche "Vergeltungsschläge" der USA wie gehabt aus zehn Kilometern Höhe irgendeine Zivilbevölkerung dezimieren oder ob Bodentruppen unter hohen Verlusten durch entlegene Bergregionen irren, wie es die Armee der Sowjetunion in Afghanistan erfahren mußte: Aus dem Pseudo-Krieg gegen die von ihm selbst hervorgebrachten Dämonen der Weltkrise wird der Kapitalismus keine Nahrung für sein Fortleben mehr saugen können.

Es sind auch Stimmen der Vernunft zu hören, von Feuerwehrleuten in New York bis zu einzelnen Journalisten und Politikern, die wenigstens sagen, daß ein Krieg völlig sinnlos wäre. Aber diese Vernunft droht hilflos zu bleiben und von der Welle der Irrationalität weggeschwemmt zu werden, wenn sie nicht zu einer Analyse der Krisenverhältnisse findet. Es gibt nur einen Weg, dem Terror wirklich den Nährboden zu entziehen: die emanzipatorische Kritik am globalen Totalitarismus der Ökonomie

Robert Kurz, 18.9.2001

(Zwischenüberschriften und Fremdwörtererklärungen von der Redaktion des Bremer kassiber hinzugefügt, aus dem wiederum wir – die Zeck-red. – diesen Text entnommen hat)

Achtung!!!
Der Castor soll, geht es nach den Planungen der AKW-Betreiber und der Bullen, am Dienstag dem 13.11. das Lager in Gorleben erreichen. Beteiligt Euch an den Protestaktionen im Wendland!

Presseerklärung der AALG/UE

Den Castor schon vor dem Wendland stoppen !

Erklärung der Antifaschistischen Aktion Lüneburg / Uelzen zu Äußerungen der Polizei

Gegenüber von einigen MedienvertreterInnen (u.a. dem Spiegel) hat die Polizei behauptet, dass die Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen ein Camp im Landkreis Uelzen und eine Blockade der ICE-Strecke, anläßlich des anstehenden Castortransportes nach Gorleben plant. In diesem Zusammenhang wurde der Sprecher der Antifaschistischen Aktion Lüneburg / Uelzen, Olaf Meyer namentlich genannt und für verantwortlich erklärt. Nach verschiedenen Anfragen von MedienvertreterInnen erklären wir hiermit folgendes:

Zum Camp
Die Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen bereitet kein Camp im Landkreis Uelzen vor. Ein Camp ist von der BürgerInneninitiative gegen Atomanlagen Uelzen (BI Uelzen) geplant und soll voraussichtlich vom 10. bis 13. November 2001 durchgeführt werden. Olaf Meyer, der auch in der BI Uelzen aktiv mitarbeitet, ist an der Vorbereitung des Camps in keiner Weise beteiligt, noch hat er es angemeldet.

Zur Blockade der ICE-Strecke
Die Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen hat zu keiner Blockade der ICE-Strecke aufgerufen. In einer Pressemitteilung vom 26. Oktober 2001 haben wir zu den verschiedenen Widerstands- und Protestaktionen im Wendland und Umgebung aufgerufen. Wobei wir ausdrücklich betont haben, das wir Sitzblockaden auf den Schienen als legitimes Mittel zur Ver- bzw. Behinderung von Atommülltransporten ansehen und dieses nicht nur auf der Strekke von Lüneburg nach Dannenberg, sondern auf sämtlichen Strecken der Deutschen Bahn AG. Am 15. Mai 2001 und am 1. August 2001 wurde die ICE-Strecke (anläßlich von Castortransporten nach Frankreich) im Landkreis Uelzen zweimal blokkiert. Beides Mal wurde der BGS bzw. Mitarbeiter der Bahn AG vorher darüber informiert. Die Gleise wurden erst dann betreten, als sicher war, das der Zugverkehr eingestellt war. Das Mitglieder der Antifaschistischen Aktion Lüneburg / Uelzen an diesen Aktionen beteiligt waren ist kein Geheimnis. Seit einigen Wochen wird darüber spekuliert, ob die ICE-Strecke beim nächsten Transport nach Gorleben blockiert wird. Sollte dies der Fall sein, so ist davon auszugehen, das die Aktionen verantwortungsvoll vorbereitet werden, niemand dabei gefährdet wird und das die Gleise erst dann betreten werden, wenn der Zugverkehr eingestellt ist. Dies haben auch schon verschiedene Anti-Atom-Initiativen erklärt. Wir wiederholen dies an dieser Stelle nochmals ausdrücklich und weisen Behauptungen der Polizei entschieden zurück, das „Autonome mit der Unbeholfenheit anderer Castor-Gegner spielen“ würden (Allgemeine Zeitung Uelzen, 18.10.2001). Auch wenn die Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen nicht zu einer solchen Blockade aufgerufen hat und eine solche Blockade auch nicht plant, gehen wir aber davon aus, das der Castorzug auf seinem langen Weg durch die BRD schon weit vor Dannenberg gestoppt wird.

Zum Hintergrund
In der Allgemeinen Zeitung Uelzen vom 18.10.2001 erklärte der Direktor der Polizei und Einsatzleiter Hans Reime, dass ihm „mögliche Aktionen von Uelzener Mitgliedern der linksautonomen Szene“ am meisten Kopfzerbrechenbereiten würden. Wurde am 18.10.2001 nur von der „autonomen Szene“ gesprochen, ohne dabei konkreter zu werden und einzelne Gruppen zu benennen, so hat die Polizei dies nun nachgeholt. Jetzt ist von der Antifaschistischen Aktion Lüneburg / Uelzen und Olaf Meyer die Rede. Solche Diffamierungs- und Kriminalisierungskampagnen sind aber nichts Neues in Uelzen. So wurde Olaf Meyer schon im Februar 2001 vor einer Anti-Castor-Demonstration in Uelzen, in der Allgemeinen Zeitung Uelzen als Kopf der Antifaschistischen Aktion Lüneburg / Uelzen, einer Gruppierung von Autonomen, die im Verfassungsschutzbericht genannt ist; namentlich genannt. Nach einem Aufmarsch von Neonazis in Uelzen am 7. April 2001, wurde er dann in der selben Zeitung als gewaltbereiter Rädelsführer bezeichnet. Solche Zeitungsartikel wurden mit Informationen der Polizei hergestellt. Nun sollen wahrscheinlich wieder ähnliche Artikel erscheinen, wo Olaf Meyer dann für Schienenblockaden oder andere Aktionen verantwortlich gemacht wird. Auch sollen wahrscheinlich solche Konstruktionen der Polizei für Verbote von Camps und Demonstrationen und Kriminalisierung einzelner Personen herhalten. Wir appellieren an sämtliche Medien, Informationen von Polizei und Verfassungsschutz kritisch zu hinterfragen und nicht ungeprüft zu veröffentlichen. Für Nachfragen stehen wir jederzeit zur Verfügung. Uelzen, 31. Oktober 2001
Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen
Postfach 12 17 29544 Bad Bevensen Tel.: 0172-4152311 e-mail: aa.lg-ue@gmx.net
31.10.2001aa.lg-ue@gmx.net



Freispruch für Routinemißhandlung

Der Freispruch für den Glasmoor-Schließer Hartmut H., der sich vor Gericht wegen Mißhandlung eines Flüchtlings zu verantworten hatte, wurde mit der Begründung „Im Zweifel für den Angeklagten" erteilt. Auch der Richter hielt es in seinem Schlußwort nicht für ausgeschlossen, dass es der Corpsgeist der Bediensteten des Abschiebeknastes war, der belastende Aussagen gegen einen Kollegen unmöglich machte und somit über die Wahrheitsfindung siegte.

Schon im Frühjahr diesen Jahres begann der Prozeß gegen Hartmut H. wegen Körperverletzung im Amt . Ein Jahr zuvor wurde der Algerier Emene K. im Abschiebegefängnis Glasmoor in Norderstedt so schwer misshandelt, dass er unter anderem einen Jochbeinbruch erlitt. Dies ist bei weitem nicht der erste Übergriff, den es in Glasmoor gegeben hat. In den wenigen Fällen jedoch, in denen Abschiebegefangene den Mut hatten, Anzeige zu erstatten, wurden unliebsame Prozesse verhindert, indem die Flüchtlinge vor ihrer Zeugenaussage abgeschoben wurden. Erstmalig sollte nun ein solcher Vorfall gerichtlich verhandelt werden, der erste Prozesstermin dauerte jedoch nichtmal eine halbe Stunde, da die Verteidigung beanstandete, dass der Misshandelte und Nebenkläger Emene K., der inzwischen aus der Abschiebehaft entlassen worden war, nicht persönlich vor Gericht erschien, sondern sich von seiner Anwältin vertreten ließ. Ein halbes Jahr später, am 27.9. sah die Lage schon anders aus. Emene K., der inzwischen wieder von Abschiebung bedroht ist, sagte gegen H. aus und belastete ihn schwer. Dem nach seiner Suspendierung noch immer beurlaubten Schließer H. wird vorgeworfen, am 1.3.2000 den Gefangenen Emene K. gegen den Türpfosten eines Gittertors geworfen zu haben. Neben der Jochbeinfraktur erlitt der Flüchtling einen Zungenriß, mehrere Schürfwunden und Prellungen. „Da hat es schon schlimmeres gegeben", kommentierte Hartmut H. seinen Übergriff auf Emene K. freimütig. Das wäre ein Routinefall gewesen. Drei- bis viermal im Monat käme es vor, daß er „unmittelbaren Zwang" bei einem Häftling anwenden müsse. „Das bringt der Beruf mit sich", erklärte H., „da muß man auch mal zupacken." Die nötigen Tricks bekommen die Schließer in Glasmoor von einem Kollegen, der sich mit Kampfsport auskennt. Nach H.'s Version habe sich Emene K. aus seinem Griff befreien wollen. Bei dem Versuch, ihn erneut zu fixieren, sei es zu dem Zusammenstoß mit dem Gitter gekommen. Als die Nebenklägerin dazu nähere Angaben vom Angeklagten erfragte, schnitt der Verteidiger seinem Mandanten mit der Bemerkung "Ach was, das müssen sie gar nicht beantworten" unwirsch das Wort ab. Auch wenn der Angeklagte selbst die Möglichkeit sieht, das die Kollision mit dem Gitter den Jochbeinbruch verursachte, sagt er über das Geschehene lapidar: "Der Vorfall ging nicht über das Übliche hinaus." Was in Glasmoor üblich ist, dürfte damit geklärt sein. Emene K. sagte zu dem Übergriff mit Hilfe eines Dolmetschers aus, er sei von dem Angeklagten mehrmals mit der geschlossenen Faust zu Boden geschlagen und wieder aufgehoben worden. „Ich versuchte meinen Kopf mit den Armen zu bedecken. Ich dachte er würde aufhören aber er hat nicht aufgehört", beschrieb Emene K. die Misshandlungen. Daraufhin sei er gegen das Gitter gestoßen worden. Auch der am betreffenden Tag diensthabende Krankenpfleger W. unterstrich in seiner Aussage als Augenzeuge deutlich seinen Eindruck, der Schließer H. habe den Gefangenen mutwillig mit voller Wucht aus dem Lauf heraus gegen das Gitter geworfen. „Wir waren beide schockiert", sagt er über sich und einen Kollegen, mit dem er nach dem Vorfall den Boden um das Gitter nach eventuell ausgeschlagenen Zähnen abgesucht hatte. Zu dem Angeklagten befragt, berichtete er, H. sei „ein Schrank, groß, laut und jähzornig." Schon „verbal äußerst gewaltbereit", drohe er „mit jedem zweiten Satz Ärger an". Der Krankenpfleger bezeichnete H. als Autoritätsperson unter seinen Kollegen, der in der Anstalt auch als „Gott" betitelt werde, und fasste abschließend zusammen: „Wenn der Kollege H. etwas sagt, wird es auch gemacht." So war es vielleicht auch nicht verwunderlich, dass die vier folgenden als Augenzeugen vernommenen Schließer entweder die Aussage ihres Vorgesetzten H. fast wortgleich bestätigten oder aber angaben, nichts gesehen zu haben. „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus", beschrieb die Knastpastorin im Zeugenstand den Corpsgeist unter dem Wachpersonal. So wurde ihr zugetragen, dass, nachdem klar wurde, das den Misshandlungen diesmal disziplinarrechtliche Konsequenzen folgen würden, im Gefängnis ein eiligst einberufener Krisenstab unter dem Motto „jetzt wird dicht gehalten" tagte. Verteidiger Wiedemann, der ein Faible dafür hatte, unliebsame ZeugInnen mit skandalösen Beleidigungen zu attackieren, versuchte dem Krankenpfleger W. als Hauptbelastungszeugen die Glaubwürdigkeit zu nehmen, indem er ihm bescheinigte, er sei krankhaft in Bezug auf eine sachliche Wahrnehmung. Er habe Aversionen gegen den Strafvollzug. Der Pastorin hingegen warf er vor : „Sie erzählen doch nur Märchen hier." Bei dem Nebenkläger Emene K. passiert es ihm gar, diesen einmal als Angeklagten zu betiteln und sagt über dessen Aussage in seinem Abschlussplädoyer : „...Natürlich weiß man, dass aus diesen Ländern, wie das aus dem der K. kommt, gewisse Übertreibungen eine Rolle spielen. Das berücksichtigen wir ja schon." Das Emene K. zu keinem Zeitpunkt ernstgenommen wurde, bewies sich nicht nur im Richterspruch. Am Ende des ersten Prozeßtages empfahl Richter Schwarz der Nebenklägerin, ihr Mandant könne doch in Zukunft der Verhandlung fernbleiben, da er sich hier ja doch nur langweile. Als die Nebenklägerin berichtete, Emene K. sei im UG Holstenglacis, wo er derzeit einsitzt, angedroht worden, in eine Zelle im Keller voller Ratten und Schmutz verlegt zu werden, weil er die Angelegenheit vor Gericht gebracht hat, wusste der Vorsitzende über diese Ungeheuerlichkeit lediglich zu bemerken: „Jetzt kommen Sie ja erst mal nach Neumünster, da gibt es keine Ratten." Emene K. und alle Flüchtlinge ohne deutschen Paß sind nach den Asylgesetzen innerhalb der Festung Europa ohne Rechte. Sie werden auch weiterhin angegriffen und ihrer Menschenwürde beraubt, nicht nur auf der Straße, sondern von Polizei, Schließern, Grenzbeamten. Daß gewalttätige Beamte von der Justiz nicht bestraft, sondern geschützt werden, ist kein Zufall, sondern Ausdruck des menschenverachtenden Normalzustands dieses rassistischen Systems.

Keinen Frieden der Abschiebemaschinerie!

fantifa norderstedt

In Glasmoor in Abschiebehaft zu sitzen bedeut u.a.:

-Unterbringung in 6-Bett-Zellen a 27qm
-lediglich alle 14 Tage eine Stunde Besuchszeit
-mangelnde ärztliche Versorgung ohne DolmetscherInnen
-fehlende psychologische Betreuung für z.B traumatisierte Flüchtlinge
-die Insassen können sich mit dem Gefängnispersonal kaum verständigen
-alle Anweisungen werden in Amtsdeutsch vorgetragen, ohne Übersetzung
-seit Bestehen des Knastes ist es immer wieder zu Übergriffen und Misshandlungen seitens des Wachpersonals gegenüber den Gefangenen gekommen



Times they are a changin' – (k)eine Nostalgie

Internationalismusbewegung im Wandel

Die 90 er Jahre waren für die Internationalismusbewegung eine harte Zeit – zumindest was die Mobilisierung auf der Straße angeht. Die Demonstrationen 1992 in München aus Anlass des G7 Gipfels, des 500. Jahrestages der Conquista und der EU-Verträge von Maastricht sind von ihrem Politikverständnis als Ausläufer des Internationalismus der 80er Jahre zu bewerten. Mit der Demo in Köln 1999 anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels erreichte die Internationalismusbewegung ihren Tiefpunkt hinsichtlich ihrer Mobilisierungsfähigkeit. Ansonsten dominierten in den 90er Jahren die Nichtregierungsorganisationen mit ihrem auf Konsens und Dialog orientierten Politikverständnis die Szene. Die Konferenzsäle hatten vor allem während der Zeit der großen UN-Kongresse die Straße als bevorzugten Ort des Protestes abgelöst. Seit Seattle scheint sich die Lage wieder zu ändern. Allmählich entstehen auch in Deutschland wieder mobilisierungsfähige Strukturen. Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich die jetzige Konstellation von der Situation der 80er Jahre unterscheidet. Der Höhepunkt war dabei das Jahr 1988. Gegen die Jahrestagung von IWF und Weltbank demonstrierten damals in Berlin 80.000 Menschen. Gibt es Erfahrungen aus dieser Zeit, an die man positiv anknüpfen kann? Oder sind die Rahmenbedingungen so unterschiedlich, dass ein Rückblick nur noch einen nostalgischen Wert hat? Soll man also der neuen Bewegung am besten zur Geschichtsvergessenheit raten?

Die Fragen sind allein schon deshalb schwer zu beantworten, weil es „die Bewegung" nicht gibt. Es handelt sich immer um einen Mix unterschiedlichster Strömungen mit unterschiedlichen politischen Optionen und theoretischen Ansätzen. Ein Vergleich fällt somit schwer. Allerdings gab und gibt es hegemoniale Strömungen, die den Bewegungen ihren Stempel aufdrücken. Das zweite Problem besteht darin, dass in Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern derzeit noch kaum von einer Bewegung gesprochen werden kann. Klar ist aber, dass etwas in Bewegung gekommen ist. Es gibt ein überraschend großes Interesse an der Kritik der neoliberalen Globalisierung vor allem auch bei jüngeren AktivistInnen. Diese Kritik äußert sich vielfach noch sehr diffus. Man spürt die Zwänge, die die Globalisierung ausübt, die Kritik daran ist aber oft noch sehr unausgegoren. Aufgrund ihrer scheinbar plausiblen und eingängigen Krisenanalysen und Forderungen profitieren derzeit vor allem Organisationen wie ATTAC durch einen massiven Zulauf von diesem Interesse. Aber auch radikalere Positionen, wie die des BUKO, werden in letzter Zeit auch häufiger nachgefragt. Alles in allem ist aber die Situation der neuen internatinalen Protestbewegung sehr prekär. Die mörderischen Anschläge von New York sind in ihren negativen Folgen noch gar nicht zu übersehen. Die folgenden Ausführungen sind somit mit Vorsicht zu genießen. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Systematik. Sie sollen nur blitzlichtartig den Unterschied in den Ausgangs- und Rahmenbedingungen verdeutlichen.

DER EPOCHENBRUCH VON 89

Der entscheidende Unterschied liegt sicherlich im Epochenbruch von 89. Dieser hat das Terrain des Politischen radikal verändert. Linke Strukturen wurden in einem extremen Maße marginalisiert. Dies gilt vor allem für die Internationalismusbewegung, zumindest für den Teil, der nicht sofort alle Kleider wechseln und sich nicht den neuen Herrschaftsverhältnissen anpassen wollte. Diese Krise rief eine lange Selbstverständnisdebatte hervor, die im Prinzip bis heute nicht abgeschlossen ist (s.u.).

Durch die Implosion des autoritären Sozialismus wuchs in Deutschland der ohnehin sehr starke Antikommunismus noch einmal an. Betroffen waren davon alle emanzipatorischen Strömungen, also auch die, die immer schon den autoritären Kommunismus kritisiert hatten. Die Krise der Linken betraf somit alle Strömungen. Ein Spezifikum unterschied Deutschland von anderen Ländern. In Folge des Nationalsozialismus und des Kalten Krieges gab es keine linke Tradition, auf die traditionell positiv Bezug genommen wurde. Dies sah in vielen Ländern Europas anders aus. Dort hatten die linken Parteien und Strömungen eine Identität, die von einem positiv besetzten Antifaschismus geprägt und im Alltagsbewußtsein und der Lebenswelt vieler Menschen verankert war. Dieses antifaschistische Element konnte nach 89 nicht so einfach in den dortigen Diskurs des Antikommunismus und Totalitarismus eingespeist werden wie in Deutschland. Die Krise, die die dortigen Parteien und Organisationen ebenfalls massiv traf, konnte durch diese Tradition zumindest abgefedert werden. Handlungsfähige Strukturen konnten aufrecht erhalten werden, auf die heute wieder zurückgegriffen werden kann (Italien, Griechenland). Dagegen gab es in Deutschland nie einen positiven Bezug auf einen linken Antifaschismus. Die DKP, die diese Tradition für sich reklamierte, konnte wegen unterschiedlicher Gründe nie die Bedeutung anderer kommunistischer Parteien erreichen. Stattdessen stellte man sich hier in die Tradition eines sehr stark von ständisch-autoritären Vorstellungen geprägten Antifaschismus des „20. Juli 1944". Selbst ein Johann Georg Elser, dem es fast gelang, Hitler bei einem Attentat zu töten, hatte bis in die 80er Jahre hinein keine Chance, vom konservativen Staatsantifaschismus anerkannt zu werden.

DIE BEWEGUNGSDYNAMIK

In den 80er Jahren gab es zwei Mobilisierungshöhepunkte. Zu Anfang des Jahrzehnts stieß die Revolution der Sandinisten auf große Sympathie. Es ging um das Recht auf einen eigenen Entwicklungsweg eines kleinen Landes gegen die Bedrohungen durch die USA und die Contras. Ca. 15.000 BrigadistInnen fuhren in diesen Jahren nach der Revolution nach Nicaragua, um die Revolution zu verteidigen. Wenn man die Netzwerke berücksichtigt, in denen sich die BrigadistInnen bewegten, so ist dies eine ungeheure Zahl. Die Effekte dieser Brigaden-Politik waren jedoch nicht nur positiv. Viele kamen mit dem Ansinnen „Entwicklungshilfe" zu leisten. Dieser paternalistische Hilfeansatz war in der Solidaritätsszene sehr verbreitet. Solidarität hieß bei vielen „helfen". So entstanden viele kleine alternative Projektruinen: Projekte, die scheiterten, weil sie oft über die Köpfe der Einheimischen hinweg geplant und durchgeführt wurden. Viele BrigadistInnen sahen oft nur noch ihr kleines Projekt, für das eifrig gesammelt und gespendet wurde. Darüber ging aber oft der politische Bezug verloren.

Das Internationalismusverständnis der 80er Jahre wies noch weitere Eigenheiten auf, die heute kaum noch eine Rolle spielen. Zum einen der hohe Grad an Identifikation mit nationalen Befreiungsbewegungen. Die sog. Ländersolidarität spielt heute nur noch eine sehr minoritäre Rolle. Dies hat zum anderen auch etwas damit zu tun, dass die damit verbundenen Vorstellungen von Entwicklung und Fortschritt heute illusionär geworden sind. Demnach sollten die Befreiungsbewegungen an der Macht durch einen nachholenden Industrialisierungsprozess den Anschluss an die Industrieländer herstellen. Das scheitern des linearen Entwicklungs- und Fortschrittsdenken des „Immer-Mehr" wurde durch den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise von 1982 überdeutlich. Es ist von daher nicht verwunderlich, dass sich nach 1982 der Schwerpunkt von der Ländersolidarität auf die Kritik der Weltmarkstrukturen verlagerte. Der Focus der Kritik richtete sich auf die Bretton-Woods-Institutionen IWF und Weltbank und die Rolle, die sie bei der Moderierung und Verwaltung der Schuldenkrise spielten.

Den Höhepunkt dieser Kritik bildeten die Proteste gegen die IWF/Weltbank-Tagung von 1988 in Berlin. Sie markierten aber auch den Endpunkt eines Bewegungszyklus mit einem hohen Mobilisierungsgrad. Gegen dieses Treffen demonstrierten allein in Berlin 80.000 Menschen. Es gab eine jahrelange Kampagne, in deren Verlauf in zahlreichen Büchern und Broschüren das argumentative Futter erarbeitet wurde. Alle linken und radikaldemokratischen Kräfte legten darauf ihren Schwerpunkt: von militanten Gruppen wie den RZ und den Autonomen bis hin zu den zahlreichen christlichen Gruppen. Die hohe Mobilisierungsfähigkeit, die Breite des Bündnisses gegen den Gipfel und eine für heutige Maßstäbe radikale antikapitalistische Plattform, ließ die AktivistInnen von einem „neu-

en Internationalismus" sprechen. Ferner wurde die Mobilisierung begünstigt durch zahlreiche Verbindungen zu anderen sozialen Bewegungen. Trotz aller Differenzen gab es doch eine Reihe von Gemeinsamkeiten zwischen der Anti-AKW-, der Friedens-, der Ökologiebewegung und den Protesten gegen den Bau der Startbahn West am Frankfurter Flughafen mit der Internationalismusbewegung. Auch die Hausbesetzerbewegung ist in diesen Kontext zu verorten.

Im Gegensatz dazu agiert die heute entstehende Bewegung aus der Defensive heraus. Nach 89 kam es zu einer rassistischen Mobilisierung großer Teile der Bevölkerung, die in Hoyerswerda und Rostock pogromartige Ausmaße annahm. Im Kielwasser dieses Extremismus der Mitte verübten Neonazis zahlreiche Anschläge, meist auf „Ausländer". Dabei wurden zahlreiche Menschen ermordet. Von den staatlichen Apparaten wurden diese Morde als Taten von unpolitischen bzw. politisch verwirrten Jugendlichen verniedlicht. Gleichzeitig wurde dieser rassistische Diskurs vor allem von den großen Volksparteien aufgegriffen und in der Asyldebatte kanalisiert. Mit der Änderung des Grundrechtsartikels 16 GG erhielt der Extremismus der Mitte seine offizielle Legitimation. Gegen diesen rassistischen Mainstream mussten antirassistische und antifaschistische Gruppen erstmal reine Defensivarbeit verrichten. Der Focus der Wahrnehmung verschob sich dadurch von den internationalen Zusammenhängen auf den spezifisch bundesdeutschen Raum. Dieser notwendige Perspektivenwechsel hatte aber zur Konsequenz, dass die Bedeutung der neoliberalen Globalisierung, die in den 90er Jahren eine bisher ungeahnte Dynamik entfaltete, kaum wahrgenommen wurde.

INTERNATIONALE VERNETZUNG

Ein neues positives Element ist ferner, dass die internationale Vernetzung heute tatsächlich international ist. Natürlich gab es 1988 auch internationale Kontakte und Vernetzungen. Allerdings war dies in erster Linie eine Sache der Bewegungs- und NGO-Eliten. Heute haben sich die Kontakte vervielfacht. Eine wichtige Katalysatorfunktion hatten dabei die von den Zapatisten initiierten „Intergalaktischen Treffen". Infolge dieser treffen bildeten sich global agierende Netzwerkstrukturen wie etwa PGA (Peoples Global Action) heraus. Die Globalisierung des Protestes zeigt sich auch im Erfolg des „Welt Sozial Forums" von Porto Alegre oder der international agierenden Bauernvereinigung „Via Campesina". Ohne die Möglichkeiten der neuen Kommunikationsmedien wie Internet und E-Mail wäre die Dichte der Beziehungen nicht vorstellbar. Der Informationsfluss konnte dadurch verbreitert, verstetigt und verdichtet werden. Eine wichtige Rolle spielt mittlerweile der linke Nachrichtendienst Indymedia. Mit Genua schaffte er seinen Durchbruch. Es war die entscheidende Bezugsquelle für Informationen.

NATIONALISTISCHE UND RECHTE GLOBALISIERUNGSKRITIK

1988 spielten rechte Positionen in der Bewegung gegen IWF und Weltbank eine völlig minoritäre Rolle. Heute versuchen rechtsradikale Gruppierungen massiv gegen die Globalisierung zu mobilisieren. Dabei wird Globalisierung bestimmt als Projekt der USA, die damit ihre imperialen Ansprüche, seien sie politischer, ökonomischer oder kultureller Art ausbauen und absichern wollten. Der offene Jubel nach den Anschlägen in den USA in rechtsradikalen Kreisen verdeutlicht diese Sicht von Globalisierung noch einmal. Welche Bedeutung nationalistische und rechtsradikale Strömungen in der Bewegung spielen werden, ist noch nicht abzusehen. Ich vermute, dass ihr Einfluss tendenziell stärker werden wird. Bewegungen sind nicht per se links.

DAS PARTEIENSPEKTRUM

Geändert hat sich auch das Verhältnis Bewegung und Parteienspektrum. 1988 verstanden sich noch weite Teile der Grünen als Spielbein der Bewegung. Natürlich hatte schon lange vorher ein Marginalisierungsprozess linker Positionen innerhalb der Partei eingesetzt. Aber im Bundesvorstand und den Bundesarbeitsgemeinschaften dominierten nach wie vor linke Positionen. Auch in der Programmatik gab es kaum einen Unterschied zu großen Teilen der Bewegung. Umgekehrt galt Ähnliches: Die Grünen wurden von vielen lange als parlamentarischer-institutioneller Teil der Bewegung begriffen. AktivistInnen der Internationalismusbewegung wie Gaby Gottwald wurden über das Grünen-Ticket in den Bundestag gewählt. Zu den Trägerorganisationen des Anti-IWF/WB-Bündnisses gehörten damals sowohl der Bundesvorstand als auch die Bundestagsfraktion der Grünen. In der von ihnen mitgetragenen West-Berliner Erklärung heißt es: „Wir wissen, daß die Verwirklichung der auch nur allerdringlichsten Veränderungen nicht ohne tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungen in den Industrieländern möglich ist. Der Logik des Kapitals, die den internationalen Ausbeutungsstrukturen zugrunde liegt, müssen wir hier in der Bundesrepublik und West-Berlin entgegentreten. Unser Widerstand richtet sich deswegen gegen die Verursacher von Ausbeutung, Hunger und Elend. Unser Kampf gilt den bundesdeutschen Konzernen und Banken sowie einer Politik, die deren Interessen in diesem Land absichert und das bestehende kapitalistische Weltwirtschaftssystem stabilisiert." Der Bruch zwischen diesen Positionen und dem ökologisch angehauchten Neoliberalismus der heutigen Grünen ist tiefer kaum zu denken. Die Schwäche linker Politik in der BRD hat auch etwas mit dem Schock über die Entwicklung der Grünen hin zu einer stromlinienförmigen Partei des Yuppie-Bildungsbürgertums zu tun. Zahlreiche AktivistInnen, die ihre politische Biografie in den 80er Jahren wenn nicht mit der Partei so zumindest mit dem Projekt der Grünen verbunden hatten, haben sich resigniert aus der Politik zurückgezogen.

Ob daraus gelernt worden ist, bleibt abzuwarten. In die Parteien dürften derzeit nur wenige ihre Hoffnung setzen. Die nach Genua einsetzenden Anbiederungsversuche eines Daniel Cohn-Bendit, der nach altväterlicher Manier des „Wir-waren-doch-auch-mal-jung-oder-links" auf den fahrenden Zug aufspringen wollte, wurden vorläufig zurückgewiesen. Auch die SPD ist eine Partei, die die neoliberale Globalisierung moderiert und forciert. Mittlerweile hat sie eine Neudefinition ihres Gerechtigkeitsbegriffes vorgenommen. Gerechtigkeit wird jetzt als „produktive Ungleichheit verkauft. Diese will die SPD durch die Streichung von Sozialleistungen fördern und somit einer unproduktiven Gleichheit und Anspruchsmentalität entgegenwirken.

Von der PDS waren in den Debatten der letzen Jahre kaum globalisierungskritische Positionen zu vernehmen. Aufgrund ihres (Noch-)Paria-Status im Parteiengefüge sind von ihr in Einzelfällen kritische Positionen nicht auszuschließen. Vor allem in den Bereichen Antirassismus und Antimilitarismus werden von einzelnen Abgeordneten immer wieder wichtige Initiativen und Anfragen gestartet. Wahrscheinlich ist aber, dass sie den Weg zu einer pragmatischen sozialökologischen Modernisierungspartei in den nächsten Jahren fortsetzen wird und unter Aufgabe radikaldemokratischer Positionen ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen will.

Dass sich aufgrund der momentanen Situation im Parteienspektrum niemand Illusionen machen sollte, über die Parlamente könnten weitreichende gesellschaftliche Veränderungen erzielt werden, ist erstmal eine gute Ausgangsposition für eine antietatistische, tendenziell institutionskritische Bewegung, die sich nicht so einfach kooptieren läßt. Dass es solche Kooptationsbemühungen in nächster Zeit geben wird, ist mehr als wahrscheinlich. Dies könnte bei einer Strömung auf offene Ohren stoßen, die man vielleicht als internationale außerparlamentarische Sozialdemokratie bezeichnen kann. Große Teile von ATTAC gehören ihr an. Hierbei handelt es sich ebenfalls um ein neues Phänomen. Diese Strömung zeichnet sich durch eine stark etatistische Orientierung aus. Gemeint ist damit eine Politik, die an den Staat appelliert, die angeblich verselbstständigten Finanzmärkte wieder in einen internationalen Ordnungsrahmen einzubetten. Erreicht werden soll dies durch die Tobin-Tax, eine Steuer auf kurzfristige Finanzspekulationen. Damit orientiert sich diese Strömung an dem Regierungsprogramm des gescheiterten Finanzministers Oskar Lafontaine, der mittlerweile auch schon seine Sympathie für ATTAC bekundet hat.

FORDERUNGEN

Die Tobin-Tax ist ein Beispiel für die grundlegenden Unterschiede hinsichtlich der Reichweite und der Radikalität der Forderungen. In den Erklärungen von 1988, wurde betont, dass eine umfassende Schuldenstreichung – die damals zentrale Forderung – nur als Ausgangspunkt für weiterreichende soziale Veränderungen zu verstehen sei. Diese Forderung war somit das Minimalprogramm der Bewegung. Dabei war man sich im klaren darüber, dass es sich nicht um eine pragmatisch-tagespolitische Forderung handelt. Sie

sollte lediglich die Dimension aufzeigen, in der gesellschaftliche Veränderungen zu denken sind. Gerade der Utopiegehalt dieser Forderung hat damals zur hohen Mobilisierung beigetragen.

Demgegenüber stellt sich die Lage heute grundverschieden dar. Bei großen Teilen der Bewegung herrscht der Drang zur Positivität vor. Die Reichweite der Forderungen sind so begrenzt, dass sie ohne Probleme an die hegemonialen Diskurse anknüpfen können. Dahinter stecken relativ technokratische Vorstellungen von Politik, die diese nicht mehr als Effekt und Terrain sozialer Auseinandersetzungen begreift, sondern an die großen, starken Männer appelliert, die Politik jetzt mal wieder vernünftig zu gestalten. Ein utopischer Überschuss, der für die Stärke früherer Bewegungen von großer Bedeutung war, kann man bei den realpolitischen Forderungen von ATTAC kaum noch finden. Wahrscheinlich macht heute die Begrenztheit der Forderungen von Bewegungen wie ATTAC ihre momentane Attraktivität aus. Man kann sich nur wundern, welche Hoffnungen und Illusionen mit einer so kreuzbraven Forderung wie der Tobin-Tax verbunden sind. Ein weiteres Beispiel für den Drang zum Machbaren und Positiven war die „Erlassjahr 2000“ Kampagne. Dort wurde von Kampagnenvertretern ernsthaft die Meinung vertreten, dass der minimale Schuldenerlass für die hochverschuldeten armen Länder im Rahmen der HIPC-Initiative eine mögliche Lösung der Schuldenkrise in Aussicht stellt.

DAS SCHEITERN DES LOBBYISMUS

Dieser Hang zum Positiven und zum Machbaren ist sicher noch in einem hohen Maße beeinflusst vom Politikverständnis und den Politikformen der in den 90er Jahren dominanten Lobby-NGOs. Der Lobbyismus war mit dem Anspruch angetreten, eine realitätstaugliche, da pragmatisch umsetzbare Alternative zum Radikalismus der 80er Jahre anbieten anbieten zu können. Ihre Wortführer kamen aus allen (ehemaligen) linken Strömungen, u.a. auch aus dem BUKO. Die Bedeutung und die Tragweite des Lobbyismus ist ebenfalls nur vor dem Hintergrund des Epocheneinschnitts von 1989 zu verstehen. Der Lobbyismus machte sich die seit dieser Zeit gängige These zu eigen, dass eine grundsätzliche Alternative zum Kapitalismus nicht mehr möglich ist. Stattdessen gehe es „um kleine Schritte, nicht um endgültige Lösungen.“ (Lobbyhandbuch Germanwatch). Weiterreichenden Forderungen wurde eine Absage erteilt. Denn „wer sich gegen die ungerechten Welthandelsstrukturen im allgemeinen wendet, findet Gehör nur bei den ohnehin Überzeugten, nicht bei der entscheidenden Zielgruppe und wird sich deshalb wegen Erfolgslosigkeit selbst frustrieren.“ Dies verdeutlicht, dass in den harmonisierenden Modellen des Lobbyismus gesellschaftliche Konflikte ausgeklammert und dadurch pazifiziert werden.

Ziel von Lobbypolitik ist nicht, die Profitlogik in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Diese wird als Hebel und als Anreiz gesehen, die Welt zu verbessern. Unterstellt wird dabei, dass es so etwas wie eine win-win-Situation geben könne, also eine Situation, in der es nur Profiteure gibt. Die Formel dieser Münchhauseniade lautet: „Faktor Vier“, so der Titel eines Erfolgsbuches von Ernst Ulrich von Weizsäcker und Amory B. Lovins: doppelter Wohlstand bei halbiertem Verbrauch.

Seinen Durchbruch hatte der Lobbyismus bei der UNCED-Konferenz in Rio 1992. In der dort verabschiedeten Agenda 21 wurde den NGOs als Repräsentanten der sog. Zivilgesellschaft eine wichtige Funktion bei der Lösung der Weltprobleme zugesprochen. Dies wurde von den VertreterInnen der NGOs und Lobbygruppen als Ausdruck ihrer Stärke interpretiert und die damit verbundenen Intergrations- und Kooptationsbemühungen völlig unterschätzt. Ein konsensorientiertes, pragmatisches Politikverständnis feierte vor allem bei den großen UN-Konferenzen Mitte der 90er Jahre fröhliche Urstände. Die Konferenzsäle verdrängten die Straße als bevorzugtes Handlungsfeld von Protest.

Seit Seattle ist der Lobbyismus in der Krise. Die „Erfolge“ sind vernachlässigenswert. In vielen Bereichen wie der Nachhaltigkeits- oder Entschuldungsdebatte hat er sich schlicht blamiert. Trotzdem übt er nach wie vor auch in Bewegungen wie ATTAC einen großen Einfluss aus. Zwar ist es seit Seattle gelungen, das Terrain der Auseinandersetzungen wieder von den Konferenzsälen auf die Straße zu verschieben, was bereits als großer Erfolg gewertet werden muss. Trotzdem ist die Grundkonstellation immer noch grundverschieden von der von 1988. Hatten damals die radikaleren, kapitalismuskritischeren Kräfte die Hegemonie in der Bewegung, so sind sie derzeit noch stark in der Minderheit. Ihre Aufgabe ist es, macht- und herrschaftskritische Positionen vernehmbar zu machen und zu verankern. Vorarbeiten wurden dazu u.a. im BUKO bereits geleistet.

THEORETISCHE VERSCHIEBUNGEN UND KOLLEKTIVE SYMBOLE

In den Krisen- und Selbstverständnisdebatten nach 89 kam es aber auch zu wichtigen theoretischen Verschiebungen im radikaleren Spektrum. Viele Positionen, die vor 89 für die Bewegung von großer Bedeutung waren, spielen heute eine zu Recht geringere Rolle. Dies gilt vor allem für das Verständnis von Macht und Herrschaft. Das lange dominierende Modell eines stark dichotomen Weltbildes von „Wir-Die“, „Oben-Unten“ oder „Gut-Böse“ ist differenzierteren Analysen gewichen. Macht kann nicht mehr als das Gegenüber des eigenen Standortes gedacht werden. Wir sind selbst Teil von Machtstrukturen und reproduzieren diese. Unser Standort ist nicht das Jenseits der Macht. Allerdings ist Macht nicht gleich Macht. Es gibt hegemoniale Machtstrukturen in den jeweiligen Herrschaftsverhältnissen. Feministische Ansätze, der (De-)Konstruktivismus und die Cultural Studies haben hier zu einer differenzierteren Analyse von Macht beigetragen und einfache, oft verschwörungstheoretische Ansätze in den Hintergrund gedrängt. Es ist nicht das Finanzkapital, das alle anderen Menschen manipuliert. Es geht vielmehr um die Frage, die schon Spinoza formuliert hat: Warum kämpfen die Menschen um ihre Knechtschaft, als ginge es um ihr Heil? Antwort von Bordieu: Weil die Menschen daraus einen materiellen, kulturellen oder zumindest einen symbolischen Mehrwert erzielen, also davon profitieren. Zumindest glauben sie dies. Damit hat eine Verschiebung stattgefunden von Ansätzen, die die Stabilität der gesellschaftlichen Ordnung durch die Manipulation der Massen oder in Anlehnung an die traditionelle Ideologietheorie durch ein „falsches Bewußtsein“ erklären wollen. Nun liegt der Schwerpunkt bei der Frage nach der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Ordnung durch die Subjekte. Welche Subjektposition nimmt jeder einzelne in der diskursiven Ordnung ein und warum tut er das? Wie funktioniert die Konstruktion von kollektiven Identitäten von „Wir“ und die „Anderen“? Warum fühlst DU dich als deutscher Arbeitnehmer? Und warum tust DU und DU und DU das? Durch diese Konstruktion von Identität (deutsch, weiß Mann) und den dazugehörigen Leitbegriffen (Fortschritt, Demokratie, Zivilisation, Fleiß, Ordnung usw.) entsteht eine symbolische Diskursordnung, die zwar immer auch umkämpft, aber trotzdem erstaunlich stabil ist.

Aufgrund dieser Ausführungen sollte dreierlei deutlich geworden sein:

Es gibt kein Apriori zur Befreiung und Emanzipation berufenes individuelles oder kollektives Subjekt auf das man sich beziehen kann. Es sind nicht die Völker und Nationen der sog. Dritten Welt, es sind nicht die ausgebeuteten Massen; es sind nicht die Frauen und auch nicht das Proletariat. Sie streiten nur zu bestimmten Zeiten und zu bestimmten Bedingungen, die nicht verallgemeinerbar sind, um ihre Emanzipation.

- Eine Bildsprache, die die Macht auf den Zigarre rauchenden fetten Kapitalisten mit Zylinder und Peitsche reduziert oder als Krake darstellt, die die ganze Welt umschlingt und erdrückt, kann heute nicht mehr verwendet werden. Eine solche Kollektivsymbolik war 1988 noch gang und gäbe, ist aber heute zu Recht fast völlig verschwunden.

Es kann kein Basis-Überbau-Modell in dem Sinne mehr geben, dass etwa die Ökonomie und andere Herrschaftsverhältnisse wie Rassismus und Patriarchat determiniert. Diese treten nicht erst äußerlich der Ökonomie hinzu, sondern haben sich immer schon in die Struktur des Ökonomischen eingeschrieben. Dies gilt natürlich auch umgekehrt.

Das fehlende eindeutige Feindbild und die Differenziertheit der Machtverhältnisse macht die Sache nicht gerade leichter. Und mir ist auch klar, dass eine Bewegung Zuspitzungen braucht. Ein Demoaufruftext kann nicht in der Sprache einer Seminararbeit geschrieben werden. Aber man sollte sich immer vor Augen halten, dass gerade das Scheitern scheinbar sicherer Gewissheiten zur Verabschiedung vieler Menschen aus der Politik geführt hat.

Autor: **Moe Hierlmeier** arbeitet mit im BUKO Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft

Aus: alaska, Zeitschrift für Internationalismus, Heft 238



Frühstücken Sonntags von 11-18 Uhr

Unter einem anderen Stern **Rundstücken**

Nach langer Nacht **Spätstücken**



im **FRITZ BAUCH**




Viel PC für WENIG Geld!

Bücher, Broschüren und Archiv zu folgenden Themen:

- Feminismus • Antifaschismus
- Internationalismus • Europa
- Umstrukturierung • Rassismus und Anti-Rassismus • Patriarchat
- Knast und Repression • Anarchismus
- Kommunismus • Anti-AKW
- aktuelle Infos

Buch- und Infoladen **Schwarzmarkt**

Kl. Schäferkamp 46, 20357 HH

fon 040 44 09 56 fax 040 4108122

Mo., Mi., Fr., von 14.00 - 19.30 Uhr

Sa., 12.00 - 15.00 Uhr Jugendtag

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

Meuchefitzer Gasthof Tagungshaus

im Besitz der Belegschaft

Tagungshaus + Kneipe, Restaurant + kl. Bio-Landwirtschaft mit Tieren + 45 Betten, für Gruppen ab 8 Pers. 15 DM + nur Wochenende 20 DM + Kleingruppen u. Einzelpersonen plus 5 DM + Selbst-, Teil- bis Voll- und Vollwert-Verpflegung möglich. Das Haus ist in 3 abgeschlossene Wohnbereiche für 10-12, 20-22 bzw. 13 Pers. mit jeweils eigenen Küchen und Sanitärräumen aufgeteilt.

29482 Meuchefitz
Haus Nr.19
Tel. (05841) 5977
Fax (05841) 6976

Schwarzer Hahn Lensian



Wendländisches Tagungs- und Gästehaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpfl.
- Übernachtung 17,-/20,- DM pro Person
- Seminarraum, Selbstversorger-Küche, Aufenthaltsräume, großer Innenhof

Kulturverein Schwarzer Hahn e.V.
Am Rundling 1
29462 Lensian
Telefon: 0 58 43 / 241
Fax: 0 58 43 / 1413
e-mail: tagungshaus@schwarzer-hahn.de
www.schwarzer-hahn.de





Rote Flora im November

Fr	02.11.	21.30	Punkkonzert und Tekknosoli **fürs Libertäre Zentrum** mit **„der unfug und sein kind"**, DJ bootsmann u.a.
Sa	03.11.	22.00	**Soliparty für die Familie Mareame Sarr's**, eine von den Bullen erschossene senegalesische Frau.Reggae und HipHop
So	04.11.	17.00	Café Niemandsland: richtige Politik, Kekse, Krümel
Di	06.11.	18.00	Dubcafé_Black Famous Sound
Do	08.11.	21.00	Konzert: **Das synthetische Mischgewebe**
Fr	09.11.	22.00	**„Hans Martin Slayer"** und **„Raumschiff Anti-Christ"** Metal-Cover-Abend mit höllischem Ambiente. Anschließend Filmbeiträge „Spinal Tap", „Trashalitenessen" - Genuasoliabend
Sa	10.11.	21.00	HC-Konzert: **Heaven shall burn** (mosh aus Süddeutschland)
So	11.11.	17.00	Café Niemandsland: Kaffee, Kuchen, Politix
Di	13.11.	18.00	Dubcafé_Inity Sound
Mi	14.11.	21.00	HC-Konzert: **Lack** (hc like Refused)
Do	15.11.	21.00	HC-Konzert: **the last 40 seconds** (usa), **crush my calm**
Fr	16.11.	23.00	The lion roars again, two sounds inna Inity **Black Famous Sound + I-tal Acoustic**
Sa	17.11.	19.00	Genuasoli: **Video Ak Kraak + Augenzeugen**. Im Anschluß ca.21.00: **Stella und die Goldenen Zitronen** Anschließend Djs c.jost und lawrence (dial rec./ladomat)
So	18.11.	17.00	Café Niemandsland: Kaffee und politische Bildung
Di	20.11.	18.00	Dubcafé_I-tal Acoustics
Do	22.11.	21.00	HC-Konzert: **born dead icons** (can)
Fr	23.11.	23.00	Reggae Kellerclub
Sa	24.11.	22.00	**Soli Party für Garip M.** Garip M. ist vor einigen Jahren zu einem Jahr Haft ohne Bewährung verurteilt worden, weil er durch das Verteilen eines Flugblattes über die Morde von Solingendie BRD verunglimpft habe. Vor Antritt der Haftstrafe ist Garip untergetaucht. – www.garipm.com
So	25.11.	17.00	Café Niemandsland: denk, schlürf, mampf
Fr	30.11.	22.00	**Sisterhood presents**: tja.... geheimnis, nichtmal wir wissen, welcher Star die Flora mit seiner Anwesenheit entzücken wird...aber wir erwarten großes. Hört euch um, ihr könntet was verpassen! Überprüft aktuell, ob die Party am Freitag oder aber am Samstag steigt, da gabs leichte Unstimmigkeiten.

Regelmäßige termine

Mo	Kochsession veganes essen	ab 19.00
	offene Motorradwerkstatt schrauben und klönen	ab 17.00
	Archiv der sozialen Bewegungen Tel 433007	16-19.00
Di	Dubcafé	18-23-00
Do	14-tägig Kochkollektiv veganes essen	ab 19.00
	Archiv der sozialen Bewegungen	16-19.00
Sa	jeden 1.im Monat Frühstück	ab 12.00
So	Studio F sendet auf fsk (93,0 Mhz) aus der Flora	den lieben langen Tag
	Café Niemandsland mit infos, politik und kuchen	17.00

Ahoi- Programm November

Do	01.11.	20.00	Der rote Donnerstagsklub
Fr	02.11.	21.00	Prolli Wolli Party
Sa	03.11.	21.00	Hafensoundz: Styles of Trip Hop and Breakbeats
So	04.11.	ab 16.00	Kaffee + Kuchen + Katerkurieren bei Musik
Di	06.11.	20.00	Kneipe: Moves Holodeck Vorführungen und herrliche Kabinettstückchen
Mi	07.11.	20.00	Kneipe: Disqualifiziert
Do	08.11.	20.00	Der rote Donnerstagsklub: Hinrichs Asi-Stübchen (Pop)
Sa	11.11.	21.00	Party: Audio Affairs, Sensious grooves mit DJ Goodfella and guests mc's and vocals. Von d&b bis dub
So	12.11.	ab 16.00	Schwill ab. Kaffee und Kuchen und Katerkurieren mit Musik
Di	13.11.	20.00	Kneipe. Moves Holodeck. Vorführungen und herrliche Kabinettstückchen
Mi	14.11.	20.00	Der Wolf kommt. Elektro Nacht
Do	15.11.	20.00	Der Rote Donnerstagsklub
Fr	16.11.	21.00	Dope Disco Freaks
Sa	17.11.	21.00	Party: Hip Hop from the Kutterz
So	18.11.	ab 16.00	Schwill ab. Kaffee und Kuchen
Di	20.11.	20.00	Kneipe: Moves Holodeck. Vorführungen und herrliche Kabinettstückchen
Mi	21.11.	20.00	Kneipe: Klaus und andere Katastrophen (Phobiker welcome)
Do	22.11.	20.00	Roter Donnerstagsklub
Fr	23.11.	21.00	Satellite Sound: Elektro, Drum und Bass
Sa	24.11.	21.00	Party: BassBus
So	25.11.	ab 16.00	Schwill ab: Kaffee und Kuchen und mehr
Di	27.11.	20.00	Kneipe: Moves Holodeck
Mi	28.11.	20.00	Kneipe: Hafen Hip Hop
Do	29.11.	20.00	20 Jahre Hafenstr.: Der rote Donnerstagsklub-Spezial: Musiktauschring: Brecht die Konzernherrschaft! Schallplattentauschbörse
Fr	30.11.	21.00	Party zum Geburtstag: Vorwärts immer, rückwärts nimmer! Das ganze Wochenende Konzerte und Veranstaltungen für Kinder und Erwachsene